



Wirtschaft quer

Nr. 197 - 256 (Februar 2017 - April 2018)

Vorwort



Geschätzte Leserin, geschätzter Leser,

Sie halten gerade die gesammelten Beiträge Nr. 197 bis Nr. 256 der Rubrik „Wirtschaft Quer“ in der Hand. Die Artikel aus meiner Feder sind im Zeitraum Februar 2017 - April 2018 von der Neuen Südtiroler Tageszeitung veröffentlicht worden. „Wirtschaft Quer“ will mit fundierten Zahlen und teils auch kritischen Beobachtungen die wissenschaftliche und die politische Debatte bereichern, und zwar querfeldein: Es geht um Wohnen, Einkommen, Soziales, Arbeitsmarkt, aber auch um die wirtschaftspolitische internationale Lage.

Die Rubrik ist mittlerweile zum festen Bestandteil der Wochenend-Ausgabe der Neuen Südtiroler Tageszeitung avanciert. Ich danke dem Herausgeber Arnold Tribus für sein Vertrauen und die entgegengebrachte Wertschätzung.

Rückmeldungen oder auch konträre Stellungnahmen werden gerne entgegengenommen (stefan.perini@afi-ipl.org) und selbstverständlich beantwortet.

Diese Sammlung widme ich meinem Vater, der kürzlich verschieden ist.

Stefan Perini
Direktor AFI | Arbeitsförderungsinstitut

Inhaltsverzeichnis

Nr. 197	05.02.2017	Sie kamen zurück	5
Nr. 198	12.02.2017	Böser Müllimport	5
Nr. 199	19.02.2017	Die Offensive	5
Nr. 200	26.02.2017	ESF reloaded	6
Nr. 201	05.03.2017	Erfolgsfaktor Kriminalität	6
Nr. 202	12.03.2017	Bizarre Wintersaison	6
Nr. 203	19.03.2017	Wählen mit den Füßen	7
Nr. 204	26.03.2017	Bankenwelt im Umbruch	7
Nr. 205	02.04.2017	Zauberwort Flexibilität	7
Nr. 206	09.04.2017	Schlecht erzogen	8
Nr. 207	16.04.2017	Schluss mit Lustig	8
Nr. 208	23.04.2017	Arbeitsplätze & Abwanderung	8
Nr. 209	30.04.2017	Brechstangen-Prinzip	9
Nr. 210	07.05.2017	Vorne mit dabei	9
Nr. 211	14.05.2017	Gerechter oder schlichtweg kompliziert?	9
Nr. 212	21.05.2017	Science-fiction bald Realität	10
Nr. 213	28.05.2017	Klimaschutz hat Hochkonjunktur	10
Nr. 214	04.06.2017	Seltene Einigkeit	10
Nr. 215	11.06.2017	Grundeinkommen	11
Nr. 216	18.06.2017	Gesunde Patienten	11
Nr. 217	25.06.2017	Vor und nach der Krise	11
Nr. 218	02.06.2017	Standortbestimmung Arbeit 4.0	12
Nr. 219	09.07.2017	Aufgepasst!	12
Nr. 220	16.07.2017	Mit Vergabegesetz faire Arbeit schaffen	12
Nr. 221	23.07.2017	Südtirols Aushängeschild	13
Nr. 222	30.07.2017	Aus eigener Kraft	13
Nr. 223	06.08.2017	Elektrisierendes Wahlzuckerl	14
Nr. 224	13.08.2017	Zementierte Ungleichheit	14
Nr. 225	20.08.2017	Südtirol und die Bären	15
Nr. 226	27.08.2017	Die Telearbeit und ihre Schattenseiten	15

Nr. 227	03.09.2017	Viele Regeln, wenig Legalität	16
Nr. 228	10.09.2017	Das Zwischenhoch	16
Nr. 229	18.09.2017	Gierige Landesbedienstete	17
Nr. 230	24.09.2017	Planung mit Nachhaltigkeit	17
Nr. 231	02.10.2017	Bildung contra Digitalisierung	18
Nr. 232	09.10.2017	Weniger Ungleichheit nach Steuern	18
Nr. 233	16.10.2017	Was Arbeitnehmer politisch zählen	19
Nr. 234	23.10.2017	Verfehlter Anreiz	19
Nr. 235	30.10.2017	Also lieber ungleich?	20
Nr. 236	06.11.2017	Faktor gesunde Umwelt	20
Nr. 237	13.11.2017	Die Schurken	21
Nr. 238	20.11.2017	Feilen am Erfolg	21
Nr. 239	27.11.2017	Marx reloaded	22
Nr. 240	03.12.2017	Neu denken	22
Nr. 241	10.12.2017	Über gute Löhne zu schlankeren Sozialbudgets	23
Nr. 242	17.12.2017	Von der Kunst des Segelns	23
Nr. 243	24.12.2017	Das Prinzip Oberflächlichkeit	24
Nr. 244	31.12.2017	Qualitätsmaß vor Sparstift!	24
Nr. 245	14.01.2018	Es lebe die Vollbeschäftigung!	25
Nr. 246	21.01.2018	Die Inflation ist zurück	25
Nr. 247	29.01.2018	In 18 Jahren schuldenfrei	26
Nr. 248	04.02.2018	Olympia neu gedacht	26
Nr. 249	11.02.2018	Und sie dreht sich doch	27
Nr. 250	18.02.2018	Schluss mit befristet	27
Nr. 251	25.02.2018	Sozialdemokratie sucht sich selbst	28
Nr. 252	04.03.2018	Geht also doch	28
Nr. 253	11.03.2018	Digital und stets unsichtbar	29
Nr. 254	18.03.2018	Das Endergebnis steht	29
Nr. 255	25.03.2018	Wem gehört der Wertzuwachs?	30
Nr. 256	01.04.2018	GIS gut gedacht	30

Sie kamen zurück

„Brain-Drain“ – die **Abwanderung kluger Köpfe**, steht in Südtiroler wieder zur Debatte.

Den Stein ins Rollen brachten Jungärzte. Sie prangern an, dass Südtirol für junge Fachärzte keine Arbeitschancen biete. Sind die Jungärzte nun der Beweis dafür, dass kluge Köpfe das Weite suchen oder gar nicht mehr zurückkommen? Ob das Phänomen des Brain-Drain angestiegen ist, darüber gibt es keine aktuellen Zahlen. Die letzte Studie geht auf das Jahr 2008 zurück und wurde von ASTAT und AFI gemacht. Jungakademiker wurden gefragt, wo sie sich nach 1 bis 2 Jahren, in 3 bis 5 Jahren und in 6 oder mehr Jahren sehen. Das Ergebnis: Kurzfristig sehen sich 33% der Befragten außerhalb Südtirols, in 3-5 Jahren sind es 30%, in 6 und mehr Jahren nur mehr 13%. Dabei bringt eine zeitweilige Abwanderung von Hochqualifizierten aus Südtirol durchaus Vorteile mit sich: Arbeitet ein Jungakademiker anfangs außerhalb Südtirols und kehrt er nach einiger Zeit endgültig zurück, bringt er neue Erfahrungen und Know-



Wirtschaft quer

von Stefan Perini (Direktor AFI)



how mit und bereichert auf diese Weise die Südtiroler Arbeitswelt und Gesellschaft. Die endgültige Abwanderung von Hochqualifizierten bedeutet für Südtirol hingegen den Verlust von Wissen. Dies setzt von Seiten der Arbeitgeber auch eine gewisse Zahlungsbereitschaft voraus. Die kleinbetriebliche Struktur in Südtirol ist diesbezüglich nicht gerade förderlich: Südtirol „leistet“ sich 20.000 Ein-Personen Unternehmen, und zu viele Handwerksbetriebe schrecken davor zurück, Akademiker einzustellen.

Böser Müllimport

Im **Müllverbrennungsöfen** Bozen wird ab 2017 auch Trientner Hausmüll verfeuert. Wie soll man dazu stehen?

Die Frage versetzt mich zurück ins Jahr 1997, als ich meine Diplomarbeit über das Verursacherprinzip in der Abfallbewirtschaftung Südtirols schrieb. Müll sollte gar nicht erst entstehen. Das Prinzip Abfallvermeidung war damals neu, ist aber bis heute unbestritten und hat oberste Priorität. Kann Müll nicht vermieden werden, dann sollte er verwertet werden. Die ökologische Bewegung war stets gegen die Müllverbrennung. In der Gründerzeit der 1980er Jahre zu Recht. Die damaligen Verbrennungsanlagen waren richtige Dreckschleudern. Wirksame Filteranlagen gab es noch nicht und das ausgestoßene Dioxin war ein echtes Gesundheitsrisiko. In der Zwischenzeit hat sich in der Verbrennungstechnik und Emissionskontrolle viel getan. Längst spricht man in Italien nicht mehr von „inceneritori“, sondern von „termovalorizzatori“, also Anlagen, die Fernwärmenetze speisen oder Stromgeneratoren antreiben. Die Techniker in Bozen behaupten, ihr Ofen arbeite bei voller Auslastung emissionsärmer und kostengünstiger. Womit der Müllimport aus der Provinz Trient gleich zweifach von Vorteil wäre.



Wirtschaft quer

von Stefan Perini (Direktor AFI)



Einst war ich entschiedener Gegner der Müllverbrennung. Heute sehe ich das pragmatischer. Es könnte tatsächlich Sinn machen, die 500.000 – 800.000 € einzustreichen, welche die Trientner der Gemeinde Bozen als Entschädigung zahlen und das Geld für Ausgleichsmaßnahmen einzusetzen, die auf die Verringerung von Individualverkehr und Hausbrand abzielen. „Ändern sich die Fakten, ändere ich meine Meinung“. Das sagte schon John Maynard Keynes.

Die Offensive

Das Land legt in der **energetischen Sanierung** von Gebäuden einen Gang zu. Der Haken sind die Kondominien – aber nicht nur.

Öffentliche Geldmittel, die in die Energieeffizienz von Gebäuden investiert werden, sind gleich dreifach sinnvoll angelegt: Sie helfen Südtirol, die Klimaziele für 2050 zu erreichen, sie senken Heizkosten, ohne dass die Wohnqualität leidet, und sie verschaffen den hiesigen Unternehmen Aufträge. Bis heute liegt die Sanierungsrate bei nur 1% des Gebäudebestandes pro Jahr. Um das Klimaziel 2050 zu erreichen, muss man sie auf 2,5% hinaufschrauben. Das hat die Landesregierung diese Woche dazu veranlasst, die Förderkriterien noch einmal attraktiver zu gestalten. Beschleunigt werden soll insbesondere die energetische Sanierung von Mehrfamilienhäusern. Diese schreitet bis heute nur schleppend voran. Ob die Anhebung des Fördersatzes von 30% auf 70% ausreicht, muss sich erst zeigen. Was die Kondominien betrifft, liegt der Haken nicht nur in der Entscheidungsfindung, sondern vielmehr in der Gesamtfinanzierung des Sanierungsvorhabens. Formen der Vorfinanzierung von Seiten des Landes könnten hier den entscheidenden Schub geben. Parallel sollte das Energiemanagement für Landesimmobi-



Wirtschaft quer

von Stefan Perini (Direktor AFI)



lien forciert werden. Ämter, Schulen, Museen, Kultur- und Freizeiteinrichtung der Landesverwaltung sind in insgesamt 591 Immobilieneinheiten (Stand April 2016) untergebracht. Mitberücksichtigt werden müssen auch die größten Energiefresser, nämlich die Krankenhäuser (die zwar nicht zur Landesverwaltung, aber zu den Sanitätsbetrieben zählen) und die Erlebnis- und Hallenschwimmbäder. Des Weiteren signalisiert man mir die Wichtigkeit, dass die Prioritätslisten von Technikern und nicht von Politikern gemacht werden.

ESF reloaded

Ab sofort können Weiterbildungsreinrichtungen **ESF-Projekte** für die Periode 2017-2020 einreichen.

Es ist eines der düsteren Kapitel in der Geschichte der Südtiroler Landesverwaltung. Zusammen mit den Rentenvorschüssen und den getürkten Konzessionen der SEL reiht sich das Chaos beim europäischen Sozialfonds ESF in jene Skandale ein, die kein gutes Licht auf die vielgepriesene Südtiroler Effizienz werfen. Doch beim ESF soll sich in der Periode 2017-2020 alles ändern. Nachdem die Landesregierung Anfang dieser Woche grünes Licht für den Neustart gegeben hat, ruft der ESF nun akkreditierte Weiterbildungsinstitutionen dazu auf, Projekte einzureichen, welche die beruflichen Kompetenzen von jungen Menschen unter 30, Frauen, ansässigen Einwanderern und Langzeitarbeitslosen stärken.

Eine Sache steht fest: Die Qualität der beruflichen Weiterbildung entscheidet mittelfristig die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Südtirols mit. AFI und unibz hatten im November 2016 eine Delegation von 13 Arbeitsrechtsexperten aus verschiedenen Ländern Europas zu Gast. Sie zeigten auf, wie in ihren Ländern die berufliche Weiterbildung rechtlich verankert ist. In Südtirol ist die berufliche Weiterbildung größten-



Wirtschaft
quer

von Stefan Perini
(Direktor AFI)



teils öffentlich finanziert. Die EU-Finanzierung spielt eine geringere Rolle. Private Bildungsträger würden nicht immer hochwertige und maßgeschneiderte Projekte entwickeln. Bei den bisher vom ESF finanzierten Projekten hätte man oft den Eindruck gehabt, die Projekte richteten sich weniger nach dem aus, was die Endnutzer am meisten brauchen, sondern an dem, was die Weiterbildungseinrichtungen am besten können. Südtirols berufliche Weiterbildung kann die Gunst der Stunde nutzen, um die einen oder andere Weiche neu zu legen.

Erfolgsfaktor Kriminalität

Aus Kriminalität lässt sich Kapital schlagen. Die **Hauptnutznießer** sind Medien, Politik und Wirtschaft.

Die Zahlen sind, neutral betrachtet, alles andere als spannend: Im Jahr 2015 sind in Südtirol 17.265 Straftaten angezeigt worden. Das sind 3,3% weniger als im Vorjahr. Auf 1.000 Einwohner zählt man in Südtirol 33,2 Straftaten, im Trentino 35,1, in Italien 44,2. Also lebt es sich verhältnismäßig sicher in Südtirol. Mehr noch: Alle diese Verhältniszahlen sinken seit dem Jahr 2013. Das bedeutet, die Kriminalität ist rückläufig.

Wer die Sensation sucht, muss weit zurückgreifen. Nur wenn man ganze 6 Jahre zurückgeht, kann man einen Anstieg der Straftaten vermelden, nämlich von 14.716 im Jahr 2010 auf 17.265 im Jahr 2015.

Mit Blut, Totschlag, Diebstahl und Sexualverbrechen lässt sich Geld verdienen. Die Zeitung als Krimi – das kommt bei den Lesern gut an und steigert die Verkaufszahlen. Doch auch die Politik verwendet Kriminalitätsstatistiken für den jeweils gewünschten politischen Zweck. In den letzten Jahren hat auch die Wirtschaft das Geschäft mit der Angst entdeckt. Die Verunsicherung der Bürger, ob berechtigt oder bezweckt, lässt den Umsatz von Sicherheitstüren, Überwa-



Wirtschaft
quer

von Stefan Perini
(Direktor AFI)



hungskameras, Alarmanlagen, aber auch von Security-Diensten und Bodyguards nach oben schnellen. Zurück zu den Zahlen. Im Jahr 2015 wurden 132 Schlägereien und 628 vorsätzliche Körperverletzungen zur Anzeige gebracht. Aus meiner Jugend kann ich berichten, dass man in den 90er Jahren selten ein Wiesen- oder Zeltfest in Südtirol erleben konnte, auf dem sich nicht zwei die Presse poliert hätten. Drei bis vier Schlägereien bei jedem Fest waren Standard. Selten wurden sie zur Anzeige gebracht. Nie waren es Ausländer.

Bizarre Wintersaison

Die **Nächtigungen** sind leicht rückläufig, aber die Beschäftigung steigt wie nie zuvor. Wie geht das zusammen?

Für ein Endergebnis ist es noch zu früh, sind doch erst die Daten von zwei der sechs Monate langen Wintersaison verfügbar. Ich spreche von den touristischen Nächtigungen. Im November und Dezember 2016 wurden in Südtirol 2,4 Mio. Nächtigungen gezählt. Das sind 100.000 Nächtigungen weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres (-2,6%). Zusammen mit dem ausbleibenden Schnee hat das so manchen Hotelier zum Jammern gebracht. Eine ganz andere Sprache spricht der Arbeitsmarkt. Kein anderer Sektor boomt da so stark wie das Gastgewerbe. Im November-Dezember 2016 hat das Gastgewerbe die Beschäftigung um +9,5% ausgebaut, in den Monaten Januar-Februar 2017 um +6,7%. Das macht im Zeitraum November 2016 bis Februar 2017 unterm Strich ein Plus von +8,1%. Darüber hinaus ist das Gastgewerbe jener Wirtschaftszweig, der am stärksten auf Arbeitsvouchern zurückgreift. 40% der Arbeitsgutscheine, die zwischen 24.11.2016 und 08.01.2017 ausgegeben wurden, hat das Gastgewerbe gekauft.



Wirtschaft
quer

von Stefan Perini
(Direktor AFI)



Somit stehen wir vor einem Nächtigungsrückgang einerseits und vor starken Beschäftigungszuwächsen andererseits. Wie geht das zusammen? Eine mögliche Erklärung ist, dass die Nächtigungszahlen kein guter Indikator sind, um die Dynamik im Gastgewerbe abzubilden. Eine andere Erklärung könnte sein, dass höhere Beherbergungsqualität mehr qualifiziertes Personal erfordert. Trifft beides nicht zu, kann man nur mutmaßen, dass ein nicht unbedenklicher Teil der touristischen Wertschöpfung in die Schattenwirtschaft fällt.

Wählen mit den Füßen

Südtirols Wirtschaft hat ihre Vollbeschäftigung wieder. Entsprechend steigt die Verhandlungsmacht von Arbeitnehmern.

Die Nachfrage am Südtiroler Arbeitsmarkt kennt aktuell kein Ende. Mit 72,7% hat die Erwerbstätigenquote den höchsten Stand der letzten sechs Jahre erreicht. Gleichzeitig hat sich die amtliche Arbeitslosenrate auf 3,7% zurückgebildet. Der Blick auf die unselbständige Beschäftigung zeigt einen Zuwachs von +2,8% von 2015 auf 2016.

Umso schwerer gestaltet sich die Suche nach Mitarbeitern, die den Vorstellungen der Arbeitgeber gerecht werden. Das Finden geeigneter Fachkräfte ist allgemein ein Problem, noch mehr aber in Zeiten der Vollbeschäftigung. So ist des einen Leid des anderen Freud. Denn volkswirtschaftlich ist die Vollbeschäftigung die denkbar beste Situation, die man sich vorstellen kann. Und selbst für die Arbeitnehmer bahnen sich bessere Zeiten an. Es ist leichter, Lohnforderungen durchzusetzen, wenn man ein anderes Arbeitsangebot als Alternative in der Tasche hat.



Wirtschaft quer

von Stefan Perini
(Direktor AFI)



Offensichtlich hat es sich in Südtirol noch nicht überall herumgesprochen, dass der Arbeitsmarkt besonders stark anzieht und das gegenseitige Abwerben von Fachkräften wieder an der Tagesordnung steht. Der Arbeitnehmer ist jedenfalls aktuell wieder ein seltenes Gut. Setzt sich der wirtschaftliche Aufschwung in den nächsten Monaten in unverändertem Rhythmus fort, dann haben Mitarbeiter gute Karten, Lohnaufbesserungen durchzusetzen. Wenn nicht, können Arbeitnehmer auch gehen. Sie entscheiden sich dann einfach mit den Füßen.

Bankenwelt im Umbruch

Das Baugewerbe hat sich gefangen. Doch im Finanz- und Versicherungsgewerbe häufen sich die Probleme.

Über Jahre war das Baugewerbe das Sorgenkind der Südtiroler Wirtschaft. Heute nehmen Jobs dort wieder zu, und zwar deutlich. Anders im Finanz- und Versicherungsgewerbe. Dieses gerät immer stärker ins Schlingern. Diese Branche beschäftigte zwischen 1995 und 2014 relativ konstant zwischen 5.700 und 6.400 Personen, doch an der Südtiroler Gesamtbeschäftigung gemessen ging ihr Anteil von 2,7% auf 2,3% zurück. Dick kam es in letzter Zeit, so ab 2015: Neue Bankenregeln, Bail-in-Klausel, Nullzinspolitik der EZB, sich häufende Kreditausfälle und sinkendes Vertrauen. Einiges mag konjunkturell bedingt und nur zeitweilig sein. Aber dazu kommen wichtige strukturelle Änderungen: der bargeldlose Verkehr, der Vormarsch digitaler Zahlungsmittel und die Notwendigkeit von Fusionen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit wegen. In den letzten 12 Monaten wurden im Finanz- und Versicherungsbereich in Südtirol rund 100 Jobs abgebaut - das entspricht einer Beschäftigungsabnahme von -



Wirtschaft quer

von Stefan Perini
(Direktor AFI)



2,0%. Was hier schrumpft ist ein Sektor mit hoher Wertschöpfung pro Beschäftigten. Gleichzeitig ist zu beobachten, wie andere Branchen mit deutlich geringerer Arbeitsproduktivität die Beschäftigung massiv ausbauen - siehe das Gastgewerbe oder das Bauhandwerk. Allein schon durch diesen Struktureffekt sinkt die durchschnittliche Produktivität des Wirtschaftssystems Südtirol. Bezogen auf die Beschäftigung und ihre Auswirkung auf die Produktivität lässt sich für Südtirol also schlussfolgern: Wir wachsen momentan, aber falsch.

Zauberwort Flexibilität

Arbeitgeber- wie Arbeitnehmervertretungen wollen Flexibilität - und meinen dabei genau das Entgegengesetzte.

Flexibilität: Ein Wort, zwei Bedeutungen. So könnte man wohl den Kampf umschreiben, den sich Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretungen seit einiger Zeit liefern. Die Umfrage zu den Arbeitsbedingungen, die das AFI gemacht und jüngst vorgestellt hat, zeigt einmal mehr ganz deutlich, wie vorsichtig man mit diesem Begriff umgehen muss.

Auf der einen Seite stehen die Arbeitnehmer: Zeit- und Leistungsdruck, Arbeitsverdichtung und schwer planbare Arbeitszeiten belasten Arbeitnehmer sehr, das belegen Studien. Darüber hinaus stellt die arbeitnehmernahe Hans-Böckler-Stiftung in Düsseldorf fest, dass die Arbeitszeiten in Deutschland kürzer, heterogener und flexibler geworden sind - allerdings nicht immer zum Wohle der Beschäftigten. Sie ruft dazu auf, vom Arbeitnehmer bestimmte, frei gestaltbare Arbeitszeiten stärker in den Tarifverträgen zu verankern. Auch sollten Beschäftigte ihre Arbeitszeit an ihre jeweilige Lebensphase anpassen dürfen. Flexibilität fordert auch die Arbeitgeberseite - aus einem ganz anderen Blickwinkel. Flexibili-



Wirtschaft quer

von Stefan Perini
(Direktor AFI)



tät ist hier die sofortige Einsatzbereitschaft bei Produktionsspitzen, das kurzfristige Einspringen bei Personalausfällen und Arbeit auf Abruf, beispielsweise am Wochenende. Der harte Wettbewerb um die Kunden und die Schnellebigkeit des Marktes im Allgemeinen würden dies zwingend erfordern. Will heißen: Das Wort Flexibilität lässt sich in beide Richtungen dehnen. Zentral ist, wer die Deutungshoheit hat. Wer über die Flexibilität bestimmen kann, der wird ihr Positives abgewinnen. Die andere Seite wird sie „erdulden“ müssen.

Schlecht erzogen

Die Allgemeinbildung in Bank- und Finanzfragen ist in wenigen anderen europäischen Ländern so schwach ausgeprägt wie in Italien. Mit Folgen.

Geht es um Bank- und Finanzfragen, verstehen die meisten Italiener nur Bahnhof. Das zeigen repräsentative, international vergleichbare Studien immer wieder deutlich. Die unzureichende Finanzkultur breiter Schichten eines Landes, das in der Renaissance das moderne Bankwesen erfunden hat, mag lange verzeihbar gewesen sein. Gründe dafür waren ein großzügig angelegtes Vorsorge-system, eine Festanstellung, die das Sparen erleichterte, und die starke Präferenz für Staatspapiere und Bankenobligationen, die beide als risikofrei galten. Diese Zeiten sind vorbei. Das Umfeld hat sich radikal verändert. Mangelndes Finanzwissen kann heute zu schweren Einbußen im eigenen Lebensstandard führen. Zuerst versuchte die Politik, das Problem mit strengeren Regeln zu lösen, siehe Kundenprofile, genauere Beschreibung von Finanzprodukten und Verhaltensregeln für Finanzberater. Heute gesteht der Gesetzgeber ein, dass die Kosten des „finanziellen Analphabetentums“ enorm sind. Langsam versteht man, dass Finanzwis-



Wirtschaft quer

von Stefan Perini
(Direktor AFI)

sen und Verbraucherschutz nicht komplementär, sondern synchron laufen: ist das erste nicht da, kann das zweite nicht greifen. Alle Informationsbroschüren nützen nichts, wenn die Leser mit Risikoindikatoren nichts anfangen können.

Fälle, wo Menschen nach lebenslanger Arbeit um ihr Ersparnis gebracht wurden, hatten wir genug, angefangen von Parmalat bis zu den vier mittelitalienischen Banken. Ähnlich dem Computerführerschein sollte es in Finanzfragen Weiterbildung geben, die den Sparern das nötige Rüstzeug an die Hand geben.

Schluss mit lustig

Die öffentliche Hand versucht sich als Schuldeneintreiber und guter Verwalter.

Es ist, als hätte die öffentliche Hand plötzlich entdeckt, dass die Bilanz auch eine Einnahmeseite hat. Über Jahre galt in der öffentlichen Verwaltung nur eines: Ausgaben kürzen! Wegen des hohen Haushaltsdefizits nutzte der Staat den Deckmantel der EU-Vorgaben, um die Klemmen vorzugsweise an der Ausgabenseite anzuziehen. Jetzt weht ein anderer Wind, jedenfalls in Südtirol. Da hat das Land die Einnahmeseite entdeckt. Kürzlich hatte es bekanntgegeben, dass ihm die Bürger allein für nicht bezahlte Steuern und Gebühren 76 Mio. € schulden, zum Beispiel die Kfz-Steuer oder die Wertschöpfungssteuer IRAP. Mit weiteren 33,8 Mio. € stehen die Bürger bei den Gemeinden in der Kreide. Hier handelt es sich vor allem um ausständige Kindergartengebühren und Entgelte für Schulmensa. Die Landesregierung sah sich zum Handeln veranlasst. Vor einigen Tagen hat sie eine Verordnung zur Zwangseintreibung von geschuldeten Abgaben ausgearbeitet, wobei der Landeshauptmann gleichzeitig



Wirtschaft quer

von Stefan Perini
(Direktor AFI)

versicherte, man werde das Prinzip der Verhältnismäßigkeit walten lassen.

Noch Aufholen muss das Land allerdings in der Verwaltung seiner Liegenschaften. Die Presse sprach jüngst von 17 Landesimmobilien, die teils seit Jahrzehnten auf eine Verwendung warten. Im Facility-Management, also in der guten Hausverwaltung, hat die Südtiroler Landesverwaltung nicht gerade Vorzeigecharakter. Für die Unterbringung der Personalabteilung im Landhaus 8 blättert das Land der Raiffeisen Immobilien GmbH jährlich 866.000 € hin.

Arbeitsplätze & Abwanderung

Die ländliche Entwicklung steht und fällt mit genügender Verfügbarkeit an Arbeitsplätzen in „auspendelbarer Entfernung“.

Mit regionaler Entwicklung beschäftigt sich mehr als eine Forschungseinrichtung in Südtirol. Sehr oft wurde dieses Thema allerdings auf die Bevölkerungsentwicklung reduziert. Wie man inzwischen weiß, ist ein ausreichendes Angebot an Arbeitsplätzen in einer zumutbaren Entfernung zentral, will man die Landflucht verhindern. Als „zumutbare“ Entfernung wird im allgemeinen eine Pendlerstrecke mit weniger als 45 Minuten Fahrtzeit angenommen. Klarerweise sind es die Städte Bozen, Meran, Brixen und Bruneck, von denen die größte Sogwirkung der Beschäftigung ausgeht und die wesentlich mehr Arbeitsplätze bieten, als es „Arbeitnehmer vor Ort“ gibt. Spiegelbildlich dazu gibt es eine Handvoll Gemeinden mit starkem Unterangebot an Arbeitsplätzen. Dies ist an sich nicht das Problem. Weit problematischer ist es, wenn gesamte Talschaften eine ungenügende Anzahl an Arbeitsplätzen aufweisen. Jede funktionale Kleinregion ist gekennzeichnet durch ein Zentrum, das als Anziehungspol der Beschäftigung fungiert. Bespie-



Wirtschaft quer

von Stefan Perini
(Direktor AFI)

le hierfür sind Mals, Schlanders, Lana, Neumarkt oder Innichen. Was soll also das Zukunftsrezept sein? Politisches Ziel muss es sein, die funktionalen Kleinregionen intakt zu halten. Dies erfolgt über eine weitsichtige Ansiedlungs- und Arbeitsmarktpolitik abseits von kurzfristigen Spar-Überlegungen, insbesondere was die öffentlichen Dienste, die Sozialstrukturen und Mobilitätsdienste sowie die Infrastrukturen anbelangt. Nur unter dieser Voraussetzung lässt es sich in Südtirol im ländlichen Raum auch weiterhin gut arbeiten und leben.

Brechstangen-Prinzip

Donald Trump macht ernst und läutet in den USA die größte **Steuerreform** aller Zeiten ein.

Moderne Steuersysteme sind im Grunde nichts anderes als ein über die Zeit gewachsener gesellschaftlicher Konsens, wie stark sich eine jede Gesellschaftsseite an den öffentlichen Ausgaben beteiligt und wie stark dieselbe von der Gunst der Umverteilung profitiert. Das ist auch in den USA nicht anders. Präsident Donald Trump schickt sich nun an, dieses sensible Gleichgewicht kräftig zu durchrütteln. Mitte dieser Woche hat er die ´größte Steuererhöhung in der amerikanischen Geschichte´ angekündigt. Die Eckpunkte: Die Unternehmenssteuern sollen von 35 auf 15 Prozent abgesenkt werden. Die Klassen der Einkommensteuer werden von sieben auf drei reduziert, mit Steuersätzen von 10, 15 und 35 Prozent. Der Grundfreibetrag wird verdoppelt – auf die ersten 24.000 US\$ soll ein Ehepaar gar keine Steuern entrichten. Der Kinderfreibetrag bleibt, die Abschreibungsmöglichkeiten werden auf Spenden und Hypothekarzinsen eingeschränkt.

Internationale Beobachter sind skeptisch, ob diese Reform so kommen wird - schließlich hat der Kongress immer noch das letzte Wort. Doch selbst ein Laie



dürfte erkennen, dass eine derartige Reform enorme Verschiebungen der Steuerlast und weitreichende Umverteilungseffekte verursachen würde. Trumps Steuerreform würde unmittelbar zwar einige Zufriedene, aber auch viele Enttäuschte zurücklassen, die in erster Linie die Einschnitte des Wohlfahrtsstaates zu spüren bekommen. Ob die Steuererhöhungen die Wirtschaft ausreichend beflügeln, um mittelfristig das Steueraufkommen wieder nach oben zu treiben, ist die Wette, die Donald Trump eingeht. Geht die Rechnung nicht auf, wird es ein Debakel.

Vorne mit dabei

Warum **Südtirol** auch bei den **Löhnen** in der Champions-League mitspielen sollte.

Zeitlich gut auf den Tag der Arbeit abgestimmt hat die Vereinigung der Arbeitsrechtsberater Daten über die Gehaltsniveaus in Italien an die Öffentlichkeit gebracht. Von allen Regionen hat Südtirol mit 1.476 € im Durchschnitt die höchsten Nettolöhne, 12% über dem nationalen Schnitt. Wer die Studie auf www.consulentidellavoro.it abrufen sieht, dass sie methodisch auf wackligen Beinen steht – die Analysen basieren auf die Arbeitskräfte-Stichprobenerhebung des ISTAT und die Nettolöhne entspringen den Eigenangaben der telefonisch Interviewten. Darüber hinaus liegt es auf der Hand, dass die Löhne auch an den Lebenshaltungskosten in der jeweiligen Region gemessen werden müssen. Für die Autonome Provinz Bozen ist es leicht zu glänzen, wenn sie sich mit Regionen vergleicht, die mit zu den schwächsten in Europa gehören.

Mit seiner Wirtschaftsleistung schafft es Südtirol unter die ersten 30 von 250 Regionen Europas. Wie der scheidende Präsident des Südtiroler Unternehmerverbandes Stefan Pan öfter betont hat, „muss



Südtirol den Anspruch erheben, in der europäischen Champions-League mitspielen“. Das gelingt zurzeit – Daten belegen das deutlich – dank des täglichen Einsatzes von rund 160.000 Südtiroler Arbeitnehmern. Sie machen die guten Ergebnisse der Südtiroler Privatwirtschaft erst möglich. Wenn man in der Champions-League der Wirtschaftsleistung mitspielt, dann muss es auch Champions-League-Löhne geben. Unser Referenzrahmen ist London, München, Wien und nicht Caltanissetta oder Catanzaro.

Gerechter oder schlichtweg kompliziert?

In der **EEVE** soll in Zukunft das gesamte **Finanzvermögen** erfasst werden.

Die Wohlfahrtssysteme der europäischen Staaten unterscheiden sich in der finanziellen Dotierung, aber nicht nur: Leistungen können beschränkt oder universell gelten, es gibt Sach- oder Geldleistungen, und es kann eine Wohlfahrtsleistung unabhängig vom Einkommen gewährt werden oder nicht. Die Idee, Wohlfahrtsleistungen an Einkommen und Vermögen zu koppeln, findet in Zeiten knapper Staatshaushalte immer stärkeren Anklang. Das Instrument dafür ist auf nationaler Ebene die ISEE und im Trentino die ICEF. In Südtirol hat man sich für die „Einheitliche Vermögens- und Einkommenserklärung“ (EEVE) entschieden. Mit der EEVE soll die gesamtwirtschaftliche Situation eines Haushaltes abgebildet werden. Dieses umfassende Instrument hat aber seine Schwachstelle in der unvollständigen Erfassung des Finanzvermögens. Das stößt den konföderierten Gewerkschaften seit geraumer Zeit sauer auf. Dem will die Landesregierung nun Abhilfe leisten: Jeder, der Wohlfahrts-



leistungen beanspruche, müsse auch bereit sein, sein Vermögen offen zu legen, denn nur so könne das Sozialbudget möglichst gerecht verteilt werden, lautet die Begründung. Das stimmt – im Prinzip. Zu sagen ist aber auch, dass eine einkommensbasierte Zuweisung von Wohlfahrtsleistungen auch immer eine Menge Bürokratie mit sich bringt. Diese muss im Verhältnis stehen zum erwarteten gesellschaftlichen Mehrnutzen. Andernfalls wäre die Abwicklung der EEVE bestenfalls Arbeitsbeschaffung für Beamte, Patronate und Steuerbeihilfezentren.

Science-Fiction bald Realität

Die jüngsten **Cyber-Attacken** zeigen, dass die Wirklichkeit sogar die Schreckensvisionen des Kinos überholt.

Die Postpolizei warnt: Wer einen unbekanntem Anruf aus Mailand entgegennimmt, könnte ein blaues Wunder erleben: Beim Drücken der Antworttaste wird das gesamte Mobiltelefon-Guthaben abgesaugt. Eine Betrügerei, die sich in die Reihe neuer Cyberattacken einreicht. Erst vergangenen Freitag schockierten Kriminelle mit „Wanna Cry“ die ganze Welt. Dieser PC-Virus blockiert den Rechner des Endnutzers solange, bis Lösegeld in der Kryptowährung Bitcoin gezahlt wird. Über 75.000 PCs weltweit sollen „geweint“ haben. Wer sich in die Materie vertiefen will, begegnet ganz neuen Begriffen wie Ransomware, Blockchain oder Bitcoin-Wallets und erfährt auch, dass der US-Geheimdienst NSA dem Konzern Microsoft die Lücke im Code zwar gemeldet hatte, aber im Gleichschritt den Eindringling selbst programmierte, für eigene Zwecke, versteht sich.

Was vorher nur im Spielfilm vorkam, ist jetzt im richtigen Leben



Wirtschaft quer

von Stefan Perini (Direktor AFI)



angekommen: Wie durch Zauberhand werden Überwachungskameras blind, öffnen sich Panzertüren oder hören Herzschrittmacher auf zu pulsen. Gegen diesen Gefahren wirkt ein geknacktes Mobilfunk-Konto noch relativ harmlos. Die Schattenseiten des Computerzeitalters treten hervor: Die Digitalisierung zeigt ihre Chancen und Risiken. Politik und Gesellschaft müssen mit neuen Sicherheitsstandards antworten. Science-Fiction reicht nicht mehr. Eine sichere Abwehr muss funktionieren – in der Realität, und das dringend.

Klimaschutz hat Hochkonjunktur

Wie Südtirol zum **Schutz des Klimas** beitragen und damit Wachstum schaffen kann.

Der Klimawandel ist eine der ganz großen Herausforderungen. Zumal er schleichend vor sich geht, ist es schwer zu vermitteln, dass unverzüglich gehandelt werden muss, um die schlimmsten Folgen der Erderwärmung zu verhindern: Naturkatastrophen, Hungersnöte, Migration. Ein frisches Papier der OECD rechnet vor, welche wirtschaftlichen Vorteile die Kombination von Klimaschutz und Wachstumspolitik hat. Die Wirtschaftsleistung in den G20-Ländern wäre bis 2021 im Schnitt um ein Prozent und bis 2050 um 2,8 Prozent höher, wenn die richtigen politischen Maßnahmen gesetzt werden. Umfassende Struktur- und Fiskalreformen und eine darauf abgestimmte Klimaschutzpolitik könnten den Klimawandel verlangsamen und zugleich Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und Gesundheit vorantreiben. Interessant ist der Paradigmenwechsel. Galten früher Wirtschaft und Umwelt als Gegensätze, so entdeckt man jetzt eine Win-Win-Situation. Südtirol rühmt sich, einige Klimaziele bereits er-



Wirtschaft quer

von Stefan Perini (Direktor AFI)



reicht zu haben. Freilich kann unser Land auch auf natürliche Gegebenheiten zählen, von denen andere nur träumen können (Wasserkraft, Biomasse, Sonne). Eine Hypothek allerdings ist der Verkehr. Auch mit der Biodiversität soll es in Südtirol nicht zum Besten stehen, wie Forscher letzthin berichteten. Welche Ziele Südtirol in seine Klima-Agenda schreibt, das wird in diesen Tagen hochkarätig diskutiert. Die Rechnung der OECD sollte dabei auch Modell stehen. In Südtirol hat der Klimaschutz jedenfalls wieder Hochkonjunktur.

Seltene Einigkeit

Südtirols Wirtschaft läuft wieder. Die lokalen **Forschungsinstitute** bestätigen das einhellig.

Selten waren die Konjunkturzyklen von Politik und Wirtschaft gegensätzlicher als heute. Weltweit steckt die Politik in einer tiefen Krise. Der Brexit, die Wahl von US-Präsident Trump, Unstimmigkeiten auf dem G7-Gipfel, Säbelrasseln mit Nordkorea. Geopolitische Gleichgewichte, die sich über Jahrzehnte eingependelt hatten, sind auf einmal verschoben, internationale Beziehungen und Bündnisse in Frage gestellt. Dies alles scheint die Wirtschaft nicht wirklich zu beunruhigen. Laut Ifo-Institut München hat sich das weltweite Stimmungsbild merklich verbessert. In Deutschland ist das Geschäftsklima der Unternehmen im Mai sogar auf ein Allzeithoch geklettert. Auch die Südtiroler Wirtschaft läuft. Neben den guten Arbeitsmarktzahlen belegen dies auch die Wirtschaftsprognosen der drei führenden lokalen Forschungsinstitute. Bereits im Oktober 2016 hatte das AFI für 2017 ein Wirtschaftswachstum vom +1,4% prognostiziert. Im November zog das WIFO nach und ließ verlauten, dass es mit +1,3% rechne. Beide Prognosen basieren auf Stimmungsindikatoren. Als letztes der drei Institute hat das Landesstatistikinstitut für Statistik letzte Woche seine



Wirtschaft quer

von Stefan Perini (Direktor AFI)



Prognose veröffentlicht. Das ökonometrische Modell der Uni Innsbruck, auf welches sich das ASTAT stützt, hat für 2017 ein Wirtschaftswachstum von +1,5% errechnet. Seltene Einigkeit also. Anders als im Jahr 2009, als das WIFO über Oswald Lechner Stagnation verkündete und das ASTAT ein Rückgang des Bruttoinlandsprodukts von -3,6% prognostizierte (das ISTAT sollte Jahre später bestätigen, dass die effektive Veränderung -2,1% betragen hatte). Wobei behauptet wird, Insider verstünden es auch, über diese Zahlen hinauszublicken.

Grundeinkommen

Noch sind die Zeiten nicht reif für das bedingungslose Grundeinkommen, doch im modernen Wohlfahrtsstaat führt uns der Weg dahin.

Als Handelsoberschulabgänger und Volkswirt ist es wie ein Sprung über den eigenen Schatten, mich mit der Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens anzufrunden. Doch diese Idee hat immer stärkeren Zulauf und ist mittlerweile auch in Wirtschaftskreisen salonfähig. Das Grundeinkommen ist jenes Einkommen, das eine Gesellschaft jedem ihrer Mitglieder ohne Gegenleistung gewährt. Bedingungslos. Es soll die Existenz sichern und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Im Unterschied zur herkömmlichen Grund- bzw. Mindestsicherung in modernen Wohlfahrtsstaaten geht das Grundeinkommen nicht an Haushalte, sondern an Personen. Es steht jedem Individuum zu, unabhängig von sonstigen Einkommen. Es wird gezahlt, ohne entsprechende Arbeits- oder sonstige Ausgleichsleistungen zu verlangen. In der Kritik am bedingungslosen Grundeinkommen geht es im Wesentlichen um die richtige Höhe des monatlichen Betrags, um den fehlenden Leistungsanreiz und die Zweifel über die Finanzierbarkeit des Ganzen. Drei Argumente müssen hier mit einfließen. Die vierte industrielle Revolution wird Arbeit



Wirtschaft quer

von Stefan Perini
(Direktor AFI)

und Einkommen massiv vom Menschen auf Roboter und Technik verlagern, was zu neuen Überlegungen über die Verteilung des Volkseinkommens führen muss. Zweitens: Der Wohlfahrtsstaat sichert heute schon das Lebensminimum über soziale Transferleistungen – mit nicht unerheblichen Streuverlusten und viel Bürokratie. Drittens: Denkt man die Geschichte des Wohlfahrtsstaates ab seinen Anfängen im 19. Jahrhundert weiter, dann ist es durchaus denkbar, dass wir eher früh als spät beim bedingungslosen Grundeinkommen landen.

Gesunde Patienten

Südtirols Betrieben geht es besser. Bestätigung kommt von institutioneller Seite.

Zur Jahresmitte stellen die Filialen Bozen und Trient von Bankitalia gewöhnlich ihren Bericht zur Wirtschaftsentwicklung in den beiden Provinzen vor. Obwohl in der Regel der Großteil der Entwicklungen bereits bekannt ist, gibt es doch immer wieder die eine oder andere Statistik, die dienlich ist, um das Bild abzurunden. So stellen die wissenschaftlichen Mitarbeiter der Banca d'Italia fest, dass sich im Jahr 2016 die Nettorentabilität der Unternehmen weiter verbessert hat: Der Anteil der Unternehmen, die einen Gewinn erwirtschaftet haben, liegt bei über 85% (im Jahr 2015 lag dieser bei 76%). Darüber hinaus hat sich das Verhältnis zwischen EBITDA (Gewinn vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen) und Aktiva ab 2013 laufend verbessert und hat 2015 wieder das Vorkrisen-Niveau erreicht. Dies wiederum hat bewirkt, dass die Eigenfinanzierungskraft der Unternehmen gestiegen ist. Um Investitionen zu finanzieren, haben die Unternehmen in geringerem Maß als früher auf Fremdmittel zurückgreifen müssen. Vor diesem Hintergrund erschließt



Wirtschaft quer

von Stefan Perini
(Direktor AFI)

sich auch, warum die Investitionen der Unternehmen wieder deutlich zunehmen, die Kreditvergabe an Unternehmen aber sogar zurückgeht. Die italienische Nationalbank stellt fest: Gerade die größeren und solideren Unternehmen haben 2016 weniger Bankkredite beansprucht. Will heißen, den Südtiroler Unternehmen geht es gut. 85 von 100 sind wieder in der Gewinnzone. Der Vorwand, es würde keinen Spielraum für Betriebsprämien oder Lohnerhöhungen für die Belegschaft geben, verliert an Rechtfertigung.

Vor und nach der Krise

Die letzten zehn Jahre haben die Struktur der Arbeitnehmerschaft einschneidend verändert.

Die Südtiroler Wirtschaft steht heute solide da, das bestätigt auch die Banca d'Italia. Die Wirtschaftskrise ab 2008 ist recht gut durchtaucht. Stark verändert hat sich in den letzten 10 Jahren die Arbeitswelt. Von 2006 bis 2016 ist die Zahl der Arbeitnehmer von 171.386 auf 195.295 geklettert, das ist ein Zuwachs von 14%. Mehr Jobs im Gastgewerbe und bei privaten Dienstleistern, weniger im Baugewerbe, wo ein Minus von fast 25% zu verzeichnen ist. Die böse Überraschung kommt heraus, wenn man die Arbeitsverhältnisse beleuchtet: 2006 hatten noch 76,7% der Arbeitnehmer ein unbefristetes Arbeitsverhältnis, 10 Jahre später nur mehr 74,0%. Das ist der niedrigste je gemessene Wert in Südtirol. Der Jobs Act hat also sein Ziel verfehlt, mehr Leute in ein festes Arbeitsverhältnis zu bringen, denn die befristeten Arbeitsverhältnisse sind auf dem Vormarsch, nicht nur für Saisonjobs wie z.B. im Gastgewerbe, sondern nachweislich in allen Sektoren mit Ausnahme der öffentlichen Verwaltung. Des Weiteren ist die Zunahme der



Wirtschaft quer

von Stefan Perini
(Direktor AFI)

Jobs um 14% ausschließlich auf den Vormarsch der Teilzeit zurückzuführen. Während die Vollzeitstellen von 2006 bis 2016 fast konstant 140.000 geblieben sind, sind die Teilzeitstellen von 30.000 auf 52.000 angestiegen. Meist wird Teilzeitarbeit in Südtirol noch von den Arbeitskräften selbst gewünscht. Doch es gibt zunehmend Fälle, wo zur Teilzeitarbeit genötigt wird. Zehn Jahre also mit einem deutlichen Strukturwandel nicht nur zum Guten. Das Südtiroler Jobwunder nach der Krise ist bei genauerem Hinsehen jedenfalls getrübt.

sonntag

Sonntag, 2. Juli 2017 – Nr. 126

Standortbestimmung Arbeit 4.0

Wir sind mittendrin in der Digitalen Revolution. Diese will und muss gestaltet werden.

Für die Einen ist sie Verheißung und Lebensgefühl, für die Anderen bedeutet sie Unsicherheit: die digitale Transformation. Schon jetzt polarisiert sie die Arbeitswelt. Nun gilt es, die Chance der Digitalisierung für Wirtschaft, Beschäftigung und gute Arbeit zu nutzen. Bei den neuen digitalen Arbeitsformen muss der Mensch im Mittelpunkt stehen. Dazu muss das „Konzept der Guten Arbeit“ Anwendung finden. Die Diskussion um Arbeitszeiten und feste Arbeitsorte wird neu zu führen sein. In der Aus- und Weiterbildung sind Rahmenbedingungen zu schaffen, die der neuen Zeit standhalten. Gesellschaft und Arbeitswelt müssen vor der missbräuchlichen Verwendung von Daten geschützt werden, die in großen Massen verfügbar sein werden. Kurzum: Die Digitalisierung muss das Leben aller verbessern und darf kein Geldvermehrungsprogramm für wenige Reiche sein. Es muss dafür gesorgt werden, dass alle einen gerechten Beitrag zur Finanzierung des Wohl-



Wirtschaft quer

von Stefan Perini
(Direktor AFI)



fahrtsstaates leisten. Fragen der Ethik und der Werte im Wirtschaftssystem müssen losgelöst von dem diskutiert werden, was technisch möglich ist. Auch die Gewerkschaften werden ihren Blickwinkel verändern müssen, um viel mehr Menschen wirkungsvoll vertreten und vor Ausbeutung und sozialem Abstieg schützen zu können. Gesellschaftliche Prozesse von dieser Tragweite beginnen mit einer gemeinsamen Standortbestimmung und erfordern ein hohes Maß an Mitgestaltung aller gesellschaftlich relevanten Akteure. Packen wir's an!

sonntag

Sonntag, 9. Juli 2017 – Nr. 131

Aufgepasst!

Das Südtiroler Jobwunder hat nicht nur seine Honigseiten.

„Jobwunder des Prekären und der Teilzeit“. Der Titel der Presseaussendung der Frühjahrsausgabe des AFI-Barometers muss wohl einigen sauer aufgestoßen sein, zumal die Reaktionen bis zum heutigen Tag anhalten. Was war geschehen? Mit Blick auf die zweifelsfrei positive Entwicklung am Südtiroler Arbeitsmarkt hatte sich das AFI erlaubt, auf zwei Aspekte hinzuweisen. Erstens, dass der Beschäftigungszuwachs zwischen 1998 und 2016 ausschließlich auf Teilzeitarbeit zurückzuführen sei. Die Vollzeitverhältnisse stagnieren nämlich bei 140.000, während die Teilzeitverhältnisse von 15.000 auf 52.000 geklettert sind. In Vollzeitäquivalente ausgedrückt ist der Beschäftigungszuwachs also definitiv bescheidener zu werten. Zweitens hat das AFI aufgezeigt, dass die „fixen Jobs“ auf ihren historischen Tiefpunkt sind. 1998 waren von 100 Arbeitnehmern noch 82 unbefristet angestellt, 2016 waren es nur mehr 74. Dabei wollte doch der Jobs Act größere Teile der Erwerbsarbeit in feste Arbeitsverhältnisse überführen und hat dafür Arbeitgeber steuerlich ordentlich entlastet. Den vergleichsweise hohen Anteil an befristeten Verträgen am Südtiroler Arbeitsmarkt begründen das Amt für Arbeitsmarktbeob-



Wirtschaft quer

von Stefan Perini
(Direktor AFI)



achtung, der Unternehmerverband und der Handwerkerverband CNA mit der starken Präsenz von Gastgewerbe und Landwirtschaft, in denen Saisonverträge üblich sind. Was dabei unter den Tisch fällt ist, dass befristete Verträge nicht nur in diesen beiden Wirtschaftszweigen auf dem Vormarsch sind, sondern auch in vielen anderen Sektoren, einschließlich der öffentlichen Verwaltung. Des Weiteren, dass in Alpenländern mit vergleichbar starker landwirtschaftlicher und touristischer Ausrichtung die Festanstellung noch präsenter ist.

sonntag

Sonntag, 16. Juli 2017 – Nr. 136

Mit Vergabegesetz faire Arbeit schaffen

Südtirol ist der Quadratur des Kreises jetzt näher, aber ganz gelingt sie noch nicht.

Aufträge an heimische Firmen, gute Bedingungen für Arbeitnehmer, wenig Bürokratie, alles sauber und legal: Bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen ist diese Idealsituation nicht leicht zu erreichen, aber Südtirol ist jetzt etwas näher dran, wie kürzlich schwarz auf weiß belegt wurde. Im Jahr 2016 hat die öffentliche Hand über die Vergabeagentur des Landes Aufträge im Wert von 1.186 Mio. € vergeben. Knapp 60% des Auftragswertes ging an Südtiroler Unternehmen. Landeshauptmann Arno Kompatscher sagte, mit dem Südtiroler Vergabegesetz sei nahezu die Quadratur des Kreises gelungen. Andere Provinzen wünschten sich, sie hätten so viele Aufträge, die im Land bleiben.

Ja, die Vergabeagentur hat sich verdient gemacht und das neue Vergabegesetz zeigt Wirkung. Aber bis zur Idealsituation ist es noch weit. Der öffentliche Auftraggeber ist verpflichtet, die öffentlichen Geldmittel wirtschaftlich einzusetzen, aber er hat auch eine Vorbildfunktion für die Gesellschaft. Über die Auftragsvergabe



Wirtschaft quer

von Stefan Perini
(Direktor AFI)



kann er Unternehmen belohnen, die ihren Beschäftigten faire Arbeitsbedingungen bieten. Erst vor einem Monat kam auf einer AFI-Tagung zur Sprache, dass in einigen Fällen nicht einmal die Kollektivverträge bzw. die Landeszusatzabkommen eingehalten werden von Unternehmen, die Zuschläge erhalten haben. Ein runder Erfolg wird das neue Vergabegesetz, wenn Angemessenheitsprüfungen und Sozialklauseln dafür sorgen, dass mit dem angemessenen Preis auch das Wohl der Arbeitenden einwandfrei gewährleistet ist.

Oft mischt Südtirol in den europäischen Wirtschaftsstatistiken vorne mit – so beim durchschnittlich verfügbaren Haushaltseinkommen oder beim Pro-Kopf-Konsum. Der Grund hierfür liegt aber nicht darin, dass in Südtirol besonders hohe Löhne ausbezahlt werden, sondern weil die Beteiligung der Bevölkerung am Erwerbsleben besonders hoch ist. Im Jahr 2016 lag die sogenannte Erwerbstätigenquote der 15 bis 64-Jährigen in Südtirol bei sagenhaften 72,7%. Bei den Männern erreichte die Quote 78,9%, bei den Frauen 66,4%. Diese Werte übertreffen die von der EU angepeilten Ziele für das Jahr 2020 bereits heute deutlich.

„Wenn Statistiken sagen, dass es uns in Südtirol gut geht, dann nicht, weil die Löhne so hoch sind, sondern weil es Arbeit für alle gibt“

Anders ist die Sachlage bei den Löhnen. Hier ist es nochmal schwieriger, sich im Zahlensalat zurechtzufinden: spricht man von Brutto- oder Nettolöhnen, handelt es sich um Vollzeitäquivalenten oder „Köpfe“, umfasst die Datenbasis alle Sektoren der Wirtschaft oder nur einen Teil davon, handelt es sich um Stichproben- oder Verwaltungsdaten? Auswertungen des AFI auf Grundlage der INPS-Datenbank haben aufgezeigt, dass die durchschnittliche Bruttoentlohnung eines Vollzeit-Arbeitnehmers in der Privatwirtschaft (ohne Landwirtschaft) im Jahr 2015 genau 6,8% über dem gesamtstaatlichen Niveau lag. Natürlich sind auch hier Struktureffekte vorhan-



Südtirols Aushängeschild

Die hohe Erwerbsbeteiligung und nicht die hohen Löhne sind der Grund, warum Südtirols Arbeitnehmer mehrheitlich gut über die Runden kommen.

den, die auf eine unterschiedliche Zusammensetzung der Beschäftigung nach Wirtschaftssektor, Alter und Qualifikation beruhen. Trotzdem ist das als Durchschnitt errechnete Lohndifferential eher bescheiden, bedenkt man, dass das allgemeine Preisniveau in Südtirol 20% über dem gesamtstaatlichen liegt. Wenn die Lebenshaltungskosten 20% über dem nationalen

Niveau liegen, müsste das auch für die Löhne gelten, wolle man von identischer Kaufkraft sprechen. Das ist offensichtlich in Südtirol nicht der Fall. Die dezentrale kollektivvertragliche Verhandlungsebene ist aus verschiedenen Gründen nur schwach entwickelt. Was Südtirols Arbeitnehmer rettet ist, dass es Arbeit für alle gibt. Überspitzt gesagt: In einer Familie in

Südtirol mit zwei erwachsenen Kindern arbeiten alle vier Personen, während in anderen Teilen Italiens eine oder mehrere Personen arbeitslos sind oder nur gelegentlich arbeiten. Das macht den Hauptunterschied aus, warum die Südtiroler Familie über ein höheres Haushaltseinkommen verfügt und pro Kopf mehr konsumieren kann.

Die Südtiroler Wirtschaft hat die Krise hinter sich gelassen, das zeigt sich in den Stimmungskennindikatoren der Unternehmen und in den geplanten Investitionen. Wer sich umsieht hat den Eindruck, es sei regelrecht eine Investitionswut ausgebrochen. Viele mittelständische und international tätige Unternehmen bauen an architektonisch anspruchsvollen Firmensitzen, von anderen ist bekannt, dass entsprechende Pläne in der Schublade liegen. Einige Beispiele? Die Firmen Durst, Duka, Dr. Schär, Markas, Bergmilch Südtirol, Röfix, Salewa, Brauerei Forst, Rothoblaas, Lignoalp, Puni. Weiter noch:

„Vieles weist darauf hin, dass sich ein guter Teil der Südtiroler Unternehmen heute wieder deutlich in der Gewinnzone bewegt“

Die GKN-Gruppe setzt auf das Pustertal als Standort und will zwei neue Betriebsstätten in Sand in Taufers und Welsberg eröffnen. Einzelne Unternehmen verschreiben sich dem neuen Paradigma von Industrie 4.0 und stellen ganze Organisationsprozesse um. Damit verbunden sind Investitionen in Maschinen und Geräten der letzten Generation.

Geht man davon aus, dass Südtirols Privatwirtschaft momentan ein hohes Investitionsvolumen zu stemmen hat, so stellt sich die Frage, wie sie dieses zu finanzieren vermag. So müsste in Phasen starker Investitionstätigkeit bei gleichbleibender Eigenmittelaus-



Aus eigener Kraft

Die Banken vergeben weniger Unternehmenskredite, und doch investieren Südtirols Unternehmen derzeit auf hohem Niveau. Wie passt das zusammen?

stattung das den Unternehmen eingeräumte Kreditvolumen eigentlich ansteigen. Die Statistiken der italienischen Nationalbank zeigen aber das genaue Gegenteil: 20,3 Mrd. € betrug das Kreditvolumen, das von Filialen in der Provinz Bozen insgesamt an Kunden eingeräumt wurde. 69% des Kreditkuchens entfiel auf Unternehmen, 26% auf Privatpersonen und 5% auf andere Kunden. Das an Privatpersonen eingeräumte Kreditvolumen steigt seit Jahren konti-

nuiert an. Bei den Unternehmen ist die Kreditkurve unbeständiger. Seit Mitte 2016 ist die Dynamik sogar negativ, will heißen, das Kreditvolumen an Unternehmen ist rückläufig. Noch einmal stärker zum Ausdruck kommt das bei Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten.

Die positiven Einschätzungen der Ertragslage, die von Südtiroler Unternehmen abgegeben werden, lassen darauf schließen, dass sich ein

guter Teil der Betriebe heute wieder deutlich in der Gewinnzone bewegt. Für die Finanzierung von Investitionen stehen dem Unternehmen also wieder mehr Eigenmittel zur Verfügung, während der Bedarf an Fremdmitteln sinkt. Die Arbeitnehmer spüren aktuell herzlich wenig vom Unternehmenserfolg. Trotz guter Stimmung, satten Unternehmensgewinnen, hoher Investitionsbereitschaft und geringerer Notwendigkeit an Fremdfinanzierung blicken sie durch die Finger.

Wie stark hat sie uns doch geprägt, die Umwelterziehung! Wir schalten das Licht aus, wenn wir die Wohnung verlassen. Wir kaufen Öko-Kühlschränke und entscheiden uns für Waschmaschinen mit geringem Verbrauch. Energie sparen ist Teil unseres DNA geworden, nicht nur des Klimawandels, sondern auch der Stromrechnung wegen. Doch schon bald soll es in Südtirol Gratisstrom geben. Die rechtliche Grundlage ist Artikel 13 des Autonomiestatutes, der besagt, dass „bei Konzessionen für große Wasserableitungen zur Erzeugung elektrischer Energie die Konzessionsinhaber die Pflicht haben, den Provinzen Bozen und Trient jährlich und unentgeltlich für öffentliche Dienste und für bestimmte, durch Landesgesetz festzusetzende Verbrauchergruppen, 220 Kilowattstunden für jedes Kilowatt konzessionierter mittlerer Nennleistung zu liefern“. Bis heute hat die Landesregierung anstelle der Stromlieferung deren finanziellen Gegenwert eingehoben. Das spült jährlich rund 13 Mio. € in die Landesbanken. Nun hat sie gesetzlich verfügt, dass das Stromkontingent, das die Betreiber abführen müssen, ab dem 1. Jänner 2018 an Verbrauchergruppen jeglicher Kategorie verteilt werden kann. Welche genau will die Landesregierung erst noch bestimmen.

„Es ist nicht auszuschließen, dass es beim Gratisstrom so kommt wie beim Generationenpakt im öffentlichen Dienst: nicht machbar.“

ber die Pflicht haben, den Provinzen Bozen und Trient jährlich und unentgeltlich für öffentliche Dienste und für bestimmte, durch Landesgesetz festzusetzende Verbrauchergruppen, 220 Kilowattstunden für jedes Kilowatt konzessionierter mittlerer Nennleistung zu liefern“. Bis heute hat die Landesregierung anstelle der Stromlieferung deren finanziellen Gegenwert eingehoben. Das spült jährlich rund 13 Mio. € in die Landesbanken. Nun hat sie gesetzlich verfügt, dass das Stromkontingent, das die Betreiber abführen müssen, ab dem 1. Jänner 2018 an Verbrauchergruppen jeglicher Kategorie verteilt werden kann. Welche genau will die Landesregierung erst noch bestimmen.

Die Rente gehört zu den großen sozialen Errungenschaften des letzten Jahrhunderts. In Italien machen heute die Renten 50% der Wohlfahrtsbudgets aus. Immer stärker zu bezweifeln ist allerdings, ob das Rentensystem auch gerecht und nachhaltig ist. Lassen wir Zahlen sprechen. Im Jahr 2015 betrug das Renteneinkommen in Südtirol pro Empfänger im Schnitt 17.935 € brutto, dabei sind alle Arten von Rente einbegriffen (Altersrente, Dienstalters- und Hinterbliebenenrente, Invalidenrente, Vorruhestandsgelder, Fürsorgerrente). Der Südtiroler Durchschnittsbetrag ist im gesamten

„Das italienische Rentensystem führt zu einer übers Erwerbsleben hinaus fortgeschriebenen Einkommensungleichheit.“

staatlichen Vergleich ziemlich hoch. Doch wie schaut es beim einzelnen Rentenempfänger aus? Wie steht seine Rente in Bezug zu dem, was das Leben in Südtirol kostet? Das ASTAT selbst stellt klar, dass es in Südtirol nicht mehr so toll aussieht, wenn man das durchschnittliche Renteneinkommen mit dem Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt in Beziehung setzt. Das zeigt nämlich auf, wie die Rente zum allgemeinen Lebensstandard steht. Dieser Index des relativen Nutzens liegt in Südtirol trotz höherer durchschnittlicher Rentenzahlung bei 32,2%, während er gesamtstaatlich einen deutlich höheren Wert (44,9%) erreicht. Will heißen: Es lebt sich gar nicht so gut mit „italienischen“ Renten



Elektrisierendes Wahlzuckerl

„Gratisstrom für alle“ klingt verlockend. Doch ist das sinnvoll? Vor allem: Ist das Vorhaben umsetzbar?

men. Bis wann alles geklärt ist und sie das Versprechen Gratisstrom umsetzen will, ist nicht bekannt. Der Gratisstrom elektrisiert die Ideen: 90% davon müssen an die Familien im Land gehen – 300 kWh pro Jahr – der Rest an Landeseinrichtungen, fordert die Verbraucherzentrale. Alles an die Privathaushalte, sagt die Bürgerunion (auf 260.000 Haushalte gerechnet würde das dem Land 14,3 Mio. € im Jahr kos-

ten). Die Rentner nicht vergessen, mahnt der ASGB. Den Wettbewerbsnachteil für Südtiroler Unternehmen bei den Strompreisen minimieren, fordern die Arbeitgeber. Aber es gibt noch viele ungeklärte Fragen. Experten befürchten, dass es ähnlich wie bei den Rai-Gebühren zu Problemen in der „Gratisstrom-Verrechnung“ über die Stromanbieter kommt. Außerdem, was ist ein „Südtiroler Haushalt“

und wie lässt sich der feststellen? Schließlich: Was ist mit den Südtiroler Haushalten, die den Strom nicht von Alperia beziehen? Es ist nicht auszuschließen, dass es so endet wie mit dem Generationenpakt im öffentlichen Dienst. Im Vorfeld der letzten Landtagswahlen hochheilig versprochen, ist er bis heute nicht umgesetzt – wegen im Nachhinein festgestellter Nicht-Machbarkeit.



Zementierte Ungleichheit

Jede dritte Altersrente in Südtirol beträgt weniger als 1.000 € brutto im Monat. Wie schafft man es, bei „Südtiroler“ Lebenshaltungskosten mit „italienischen“ Renten zu leben?

ten und „Südtiroler“ Lebenshaltungskosten. Schauen wir jetzt auf die Verteilung der Rentenbezüge: 32,4% der Altersrentenempfänger bekommt weniger als 1.000 € brutto im Monat. 46,0% der Frauen erhalten Renten bis 1.000 €, bei den Männern liegt diese Quote bei 18,2%. Am anderen Ende bekommt 15,4% der Altersrentenempfänger pro

Monat 2.500 € oder mehr: Das betrifft 23,0% der Männer und 8,1% der Frauen.

Diese Zahlen verdeutlichen einmal mehr, dass die Rente nichts anderes ist als der Fußabdruck der Erwerbsbiografie: Ausbildungs- und Karrierewege, Arbeitsunterbrechungen (familiär oder gesundheitlich bedingt), das gewählte Arbeitszeitausmaß – all das bildet sich

über die eingezahlten Sozialabgaben im Rentenanspruch ab. Eine ungleiche Verteilung der Einkommen spiegelt sich Jahrzehnte später in einer ungleichen Verteilung der Renten wieder. Das beitragsbezogene Rentensystem mag zwar annähernd leistungsgerecht sein, es ist aber dem Anspruch eines stärkeren sozialen Ausgleichs nicht dienlich.

Südtirol und Bär: Diese beiden scheinen sich aktuell nicht sonderlich gut zu vertragen. Wobei es, genauer gesagt, um zweierlei „Bären“ geht.

Der erste „Bär“ ist das Tier. Ob das Raubtier in Südtirols Wälder gehört oder nicht, spaltet die Volksmeinung, seit die von ihm angerichteten Schäden sich nicht mehr nur auf ein paar Schafe oder Bienenstöcke beschränken. Der Lebensraum des Menschen kollidiert immer stärker mit dem des Bären. Im Trentino wurde die Bärin KJ2 deswegen präventiv abgeschossen. Das Land Südtirol hat indes den Abschuss von 1.200 Mur-

„Wirksamer als ein Rechtsstreit ist, Südtirol-Gäste aus Deutschland als Testimonials zu gewinnen.“

meltieren freigegeben und bemüht sich nun in Rom auch um die Zuständigkeit für Bär und Wolf. Wie man zur Jagd auch stehen mag – die Wiederansiedlung von Raubtieren erfordert eine Neubewertung der Grenze zwischen Mensch und Natur. Wenn selbst Naturparke immer stärker touristisch und für Freizeit genutzt werden, stellt sich die Frage, wo in Zukunft die Grenze zwischen Natur- und Kulturlandschaft verlaufen soll. Der zweite „Bär“, mit dem Südtirol seine Mühe hat, heißt Karl und ist Chef des Umweltinstituts München. Herrn Bär's Plakat, „Pestizid-tirol“ im Stil der Südtirol-Werbung – marketingtechnisch gut platziert im Münchner U-Bahnhof Karlsplatz – hat hohe Wellen geschlagen.

Was ist für Arbeitnehmer am besten – feste Bürozeiten, Gleitzeit oder völlige Selbstbestimmung ohne Zeitvorgaben? Selbstbestimmung klingt gut, ist aber auch eine Einladung zur Selbstausbeutung. Belegt wird dies nun auch wissenschaftlich von einer Studie der deutschen Hans-Böckler-Stiftung, auf Grundlage von Angaben von gut 10.000 Personen aus der Haushaltsbefragung „SOEP“ (Sozioökonomisches Panel). Die Unterschiede zwischen Frauen und Männern sind markant.

Wer im Homeoffice tätig ist, kann abends oft nicht abschalten. Die Wahrscheinlichkeit liegt bei 45 Pro-

„Eine totale Deregulierung der Arbeitszeiten kann sich für die Arbeitnehmerschaft als trojanisches Pferd entpuppen.“

zent und damit mehr als doppelt so hoch wie bei Beschäftigten, die nie zu Hause arbeiten. Offenbar verschwimmen die Grenzen zwischen den Lebensbereichen bei dieser Arbeitsform besonders leicht.

Bei völlig selbstbestimmten Arbeitszeiten fällt das Abschalten Berufstätigen schwerer als bei festen Zeiten. Interessanterweise ist dieser Effekt nur bei Männern zu beobachten. Die Wahrscheinlichkeit liegt bei 40 Prozent, dass diese abends nicht zur Ruhe kommen. Das sind elf Prozentpunkte mehr als bei Männern mit festen Arbeitszeiten.

Ein Mix aus selbstbestimmten und geregelten Arbeitszeiten – etwa Gleitzeit – scheint aus der Sicht der



Südtirol und die Bären

Dass die Bären das Medien-Sommerloch füllen würden, darauf hätten wohl die wenigsten gewettet. Der erste Bär ist ein Tier. Der zweite heißt Karl und ist Chef des Umweltinstituts München.

Landeshauptmann Kompatscher prüft rechtliche Schritte. IDM-Präsident Hansi Pichler sieht einen Missbrauch der Südtirol-Marke. In Südtirol empfindet man die Aktion mehrheitlich als „bodenlose Frechheit“, Negativwerbung und Imageschaden. Doch Beleidigt-Sein bringt nichts. Worauf es nun ankommt ist, gelassen zu bewerten, wie man mit dieser Polemik umge-

hen will. Da gäbe es den rechtlichen Weg. Wie aber beweist man vor Gericht einen Imageschaden angesichts immer neuer touristischer Nächtigungsrekorde? Außerdem können langwierige Gerichtsverfahren wohl kaum kurzfristig auf die Meinungsbildung einwirken. Das stärkste Signal wäre, wenn Touristen selbst gut über Südtirol reden. Die Südtirol-Werbung sollte

sich um Pestizid-Aufklärung bemühen und Südtirol auch im Vergleich zu anderen Alpenländern darstellen. Man sollte Südtirol-Gäste dafür gewinnen, als Testimonials zu fungieren, die aussagen, warum sie Südtirol lieben. Damit würden Deutschland positive Botschaften erreichen. Kurzum: In dieser Sache ist ratsam, nicht mit Muskeln, sondern mit Köpfchen zu spielen.



Die Telearbeit und ihre Schattenseiten

Selbstbestimmte Arbeitszeiten im „Homeoffice“ sind nicht immer das Gelbe vom Ei. Das Abschalten gestaltet sich in diesen Fällen besonders schwierig.

Belastungen am vorteilhaftesten. Hier können Beschäftigte besser mit hohem Arbeitsdruck umgehen, was sich positiv auf die „Work-Life-Balance“ auswirkt.

Ein fester Arbeitsbeginn und eine feste Feierabendzeit sind wenig vorteilhaft, da sie mit anderen Verpflichtungen kollidieren können, etwa mit den Abholzeiten vom Kindergarten. Andererseits bieten

klare Regeln Planungssicherheit, was wiederum Stress reduziert. Hoch ist die psychische Belastung bei Arbeitszeiten, die der Arbeitgeber kurzfristig ändert. Sie erschweren die Planung des Alltags deutlich, worunter vor allem Frauen leiden, die traditionell den größeren Teil der Haus-, Pflege- und Erziehungsarbeit übernehmen. Besonders groß ist der Stress in

Kombination mit hohem Arbeitsdruck.

Wer am Südtiroler Arbeitsmarkt gute Fachkräfte akquirieren bzw. von Konkurrenten abwerben will sollte sich bewusst sein, dass man durch einen unbefristeten Vertrag, einen fairen Lohn und Gleitzeit bereits einen entscheidenden Wettbewerbsvorteil herausholen kann.

Ischia, Casamicciola. Am 21. August bebte die Erde. Ein Erdbeben der Stärke 3,6 auf der Richterskala (später korrigiert auf 4,0) forderte 2 Tote, 39 Verletzte und macht 2.600 Menschen obdachlos. Die Kritik lässt nicht lange auf sich warten. Wie kann es sein, dass ein eher schwaches Erdbeben eine so hohe Anzahl an Opfern mit sich zieht? Verantwortlich dafür ist ein Mix an Faktoren. Zwar liegt Ischia in einer vulkanischen Zone und ist deshalb erdbebengefährdet, aber eine Mitschuld trägt auch der Mensch - vor allem durch die illegale Bautätigkeit. Viele Häuser auf Ischia sind vor mehr als 50 Jahren

„Italien riskiert, dass das Vertrauen in den Rechtsstaat erschüttert wird.“

gebaut worden. Damals war die Bautechnik noch nicht reif für erdbebensicheres Bauen. Oftmals wurden Gebäude zwar renoviert, aber die Eingriffe erfolgten nicht fachgerecht. Risiko- und Gefahrenschutzpläne, die Einhaltung von Bauleitplänen und eine gelebte Kultur der Legalität hätten Unheil vermeiden können.

Szenenwechsel, Rom. Nahe am Hauptbahnhof Termini lässt Bürgermeisterin Virginia Raggi ein elfstöckiges Gebäude mit Einsatz der Ordnungskräfte räumen, das seit 2013 von rund 500 Personen illegal besetzt ist. Die notwendige Räumung wegen akuter Brand- und Explosionsgefahr (unkontrollierte Herde) war bislang trotz mehrerer Versuche nicht gelungen, weil sich Gemeinde, Region,



Viele Regeln, wenig Legalität

Erdbeben in Ischia, Zwangsräumung in Rom: Italien tut sich besonders schwer, das Gleichgewicht zwischen Regeln, Verwaltungsaufwand, Kontrollen und Interventionen zu finden.

Präfektur und soziale Einrichtungen darin üben, sich gegenseitig die Verantwortung zuzuschieben. Die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Polizei und den rund 70 verbliebenen Einwohnern, die eine „einheitliche Lösung“ fordern, sind ein gefundenes Fressen für die Medien. Wie aber kann die Bestrebung, Legalität wiederherzustellen, als verwerflich einge-

stuft werden, zumal sich die Verwaltung gleichzeitig bemüht hatte, alternative Unterkunftsmöglichkeiten bereitzustellen?

Ischia und Rom führen vor Augen, wie schwer sich Italien tut (in einigen Regionen mehr; in anderen weniger) für die Einhaltung der Gesetze zu sorgen. Offensichtlich sind aufwändige Verwaltungsabläufe und andgedrohte Sanktionen nicht in der

Lage, flächendeckend Legalität zu gewährleisten. Damit wächst das Risiko, dass die Rolle von Tätern und Opfern umgekehrt wird. Wer illegal gebaut hat, bekommt jetzt vom Staat Entschädigung, wer illegal Wohnungen besetzt hat, eine Bleibe. Dies ist aus ethischen Gesichtspunkten bedenklich und treibt einen Keil in die Gesellschaft, der gefährlich sein kann.

Das Muster wiederholt sich jedes Jahr: Je nachdem, wann die Erntezeit beginnt, fällt auch das Beschäftigungshoch am Südtiroler Arbeitsmarkt entweder auf den Spätsommer oder auf den Frühherbst. Der August 2017 brachte im Schnitt die stolze Zahl von 210.932 Arbeitnehmern. Dieser Beschäftigungsrekord könnte im September sogar noch getoppt werden.

Die Jubelmeldungen überlagern allerdings die weniger schönen Seiten. In Südtirol sind dies die immer noch leicht ansteigende Zahl an Arbeitslosen, der hohe Anteil an befristet Beschäftigten im Ver-

„Erfolge am Arbeitsmarkt sind als solche zu werten, wenn sie nicht mit einer Absenkung der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität einhergehen.“

gleich zu Italien, Deutschland, Österreich, Schweiz, aber auch durchwachsene Arbeitsbedingungen in Bezug auf körperliche und psychische Belastungen, wie vom AFI in einer repräsentativen Umfrage jüngst erhoben.

Zudem liegt es auf der Hand, dass ein überhitzter heimischer Arbeitsmarkt es immer schwieriger macht, Fachkräfte zu finden, bis zu dem Punkt, dass sich Unternehmen und Körperschaften gegenseitig Arbeitskräfte abwerben.

Es gibt noch einen weiteren Anlass, sich nicht vom aktuellen Stimmungshoch täuschen zu lassen. Südtirols Arbeitsmarkt wächst vor allem quantitativ, wobei sich der Beschäftigungszuwachs auf Sektoren mit niedriger



Das Zwischenhoch

Südtirols Arbeitsmarkt feiert aktuell einen historischen Beschäftigungsrekord. Notwendig aber ist die Frage nach dessen Nachhaltigkeit.

Arbeitsproduktivität konzentriert. Gesamtwirtschaftlich gesehen könnte man sagen: Wir wachsen momentan, aber falsch. Würde sich die Beschäftigungsdynamik des letzten Halbjahres (+3,4%) im selben Rhythmus fortsetzen, so müsste das Südtiroler BIP unter Annahme einer konstanten Arbeitsproduktivität im selben Ausmaß wachsen. Oder andersrum betrachtet: Jedes Wirt-

schaftswachstum von weniger als +3,4% führt unter diesen Annahmen zwangsläufig zu einer Abnahme der durchschnittlichen Arbeitsproduktivität.

Hinzu kommt noch der digitale Wandel. Zwar ist anzunehmen, dass sich dieser in Südtirol aufgrund der kleinbetrieblichen Struktur und der Ausrichtung auf Sektoren mit hohem Personaleinsatz weniger stark auf das Wirt-

schaftsgefüge auswirkt als andersorts. Wenn aber weniger Arbeitsplätze von Maschinen und Robotern ersetzt werden, so heißt dies ein zweites Mal, dass die Gesamtproduktivität zurückfällt. Südtirol kann unter allen Regionen Europas weiterhin an vorderster Front mitspielen, aber ohne eine Veränderung der Wirtschaftsstruktur und der Organisationskultur wird es nicht gehen.

Südtirol entwickelt sich zur Neidgesellschaft – und nicht selten richtet sich der Neid gegen die Landesbediensteten. Jüngstes Beispiel: Um die Landesverwaltung als Arbeitsplatz attraktiver zu machen, denkt die Landesregierung laut darüber nach, die Möglichkeit der Nebentätigkeit für Landesbedienstete auszuweiten (heute darf man, nach Genehmigung durch den Vorgesetzten, bis zu 30% des Bruttogehaltes dazuverdienen).

Das Nachrichtenportal stol.it ließ es sich nicht nehmen, eine Online-Umfrage zu starten. Bis 14. September haben 3.400 Personen

„Wenn Freiberufler neben ihrem Job noch in 20 Verwaltungsräten sitzen können, dann dürfte der Zweitjob eines Landesbediensteten auch kein Problem sein“.

darüber abgestimmt. Hier die Ergebnisse, die allerdings nicht den Anspruch auf Repräsentativität erheben können: 46% der Stol-Leserschaft meint auf die Frage, ob Beamte privat dazuverdienen dürfen „Nein, die Beamten kriegen den Hals wohl nie voll“. Weitere 18% fragen sich, woher denn die Beamten die Zeit dafür hernehmen würden“. 36% sprechen sich für die Möglichkeit eines Zweitjobs aus, falls „die Arbeit beim Land nicht darunter leidet“.

Da haben wir sie, diese geldgierigen Landesbeamten, die womöglich schon in ihrer Arbeitszeit private Angelegenheiten erledigen.

Die Forderung, politische Maßnahmen verstärkt auf ihre soziale und ökologische Verträglichkeit hin zu prüfen, ist zwar nicht neu, aber innovative Ansätze, die über das Bruttoinlandsprodukt-Denken hinausgingen, wurden hauptsächlich an Universitäten und Forschungseinrichtungen diskutiert und kamen selten im politischen Tagesgeschäft an.

Bald aber kommt Schwung in die Sache, und der Vorreiter ist niemand anders als Italien. Das Gesetz Nr. 163/2016 (Novellierung des Bilanzgesetzes) verpflichtet das Wirtschafts- und Finanzministerium ab 2018, dem sogenannten

„Die Mehrjahresplanung mit einem Nachhaltigkeits-Check zu verbinden wäre auch eine Idee für die Südtiroler Landesregierung“.

Wirtschafts- und Finanzdokument („Documento di Economia e Finanza“) einen Bericht zur Wirksamkeit und Nachhaltigkeit getroffener politischer Maßnahmen vorzulegen. Konkret muss aufgezeigt werden, wie sich in Italien die Indikatoren der Lebensqualität und der sozialen Gerechtigkeit entwickeln. Der Bericht muss sowohl den Verlauf der Indikatoren im letzten Dreijahreszeitraum angeben als auch die erwartete Auswirkung von bestimmten politischen Maßnahmen auf ebendiese Indikatoren für die nächsten drei Jahre.

Damit ist Italien Vorreiter, und zwar nicht nur in der EU, sondern auch in der G7. Die Auswahl der Indikatoren erfolgte durch eine



sonntag

Sonntag, 17. September 2017 – Nr. 180

Wirtschaft quer

von Stefan Perini (Direktor AFI)

Gierige Landesbedienstete

*Die Landesregierung stellt in Aussicht, dass Landesbedienstete **privat dazuverdienen** dürfen. Das schürt den Neid einiger.*

Bedient wird mit dieser Umfrage genau dieses Klischee, das offensichtlich noch stark in der Südtiroler Bevölkerung festsetzt.

Wer die Landesverwaltung von innen kennt, stört sich nicht wenig an diesem Bild. Es gibt sehr wohl Führungskräfte, die ihren Mitarbeitern einiges an Leistung abverlangen – zum Teil mehr als in der Privatwirtschaft. Und die Zeiten von Landesbeamten-Witzen der Sorte „Kaffeepause zwischen 8 und 12 und zwischen 14

und 17 Uhr“ gehören endgültig der Vergangenheit an.

Darüber hinaus stellt sich die Frage, warum Landesbediensteten berufliche Entwicklungsmöglichkeiten verbaut werden, die anderen offenstehen. Mit Ausnahme der landwirtschaftlichen Tätigkeit (Bauer) ist es beispielsweise Handelskammer-Bediensteten nicht erlaubt, unternehmerisch tätig zu sein. Wo aber liegt das Problem, wenn ein Beamter beispielsweise am Wochenende eine Bar in der

Sportzone betreibt? Ich gehe soweit zu behaupten, dass diese Regelung diskriminierenden Charakter hat. Da wäre dann noch die Qualität der Arbeitsleistung. Bei Freiberuflern, wie Rechtsanwälten, Wirtschaftsberatern und Rechnungsprüfern, stellt niemand die Qualität der Arbeitsleistung in Frage, wenn diese nebenher noch in 20 Verwaltungsräten sitzen. Warum soll bei Beamten nicht gehen, was bei Freiberuflern Gang und Gäbe ist?



sonntag

Sonntag, 24. September 2017 – Nr. 185

Wirtschaft quer

von Stefan Perini (Direktor AFI)

Planung mit Nachhaltigkeit

*Italien setzt Maßstäbe. Als erstes Land der EU lässt es den **Mehrwahresplan der Regierung** auf Nachhaltigkeit überprüfen.*

unabhängige Fachkommission unter Federführung des staatlichen Statistikinstituts ISTAT. Seit 2010 hatte sich das ISTAT mit dem Projekt BES („Benessere economico e sostenibile“) das nötige Knowhow und eine umfassende Datenbank aufgebaut. 130 Indikatoren stehen im Internet jedem zur Verfügung, der sich ein Bild machen will, wie sich Italien entwickelt. Die Fachkommission hat nun 12 Indikatoren ausgewählt, nach denen sich

die wirtschaftliche, soziale und ökologische Tragfähigkeit von Politiken am besten bewerten lässt. Diese sind das verfügbare Einkommen nach Transferleistungen, die Ungleichverteilung von verfügbarem Einkommen, die Quote an Personen in absoluter Armut, die Lebenserwartung bei Geburt, die Rate an Personen mit Übergewicht, die Schulabbruchquote, die Rate an NEETs (not in employment, education or training), das

Verhältnis von Frauen im Alter von 25 bis 49 Jahren mit Kleinkindern und Frauen ohne Kinder, die Kriminalitätsrate bei Diebstählen, der Effizienzindex der Zivilgerichtsbarkeit, die Emissionen von CO2 und Klimagasen sowie der Index irregulärer Bautätigkeit.

Zwar ist der Weg noch lang, doch die Zuversicht wächst, dass sich hier ein neues Verständnis von gesellschaftlichem Fortschritt Bahn bricht.

„Technologie zerstört die Beschäftigung, Bildung schafft Beschäftigung“, ließ Colin Crouch, eine Ikone im Bereich der Arbeits- und Sozialforschung, vor einigen Tagen in Wien verlauten und benannte auch gleich die Herausforderung für die Zukunft: „Die Frage ist, ob wir es schaffen, über Bildung mehr Jobs zu schaffen, als durch Technologie zerstört werden.“

Schaut man sich die Entwicklung der letzten Jahrzehnte an, so hat sowohl der Anteil der hoch- als auch jener der niedrig qualifizierten Jobs zugenommen, zurückgegangen sind die mittelqualifizierten Jobs dazwischen. Eindrücklich

„Die Technologie zerstört Jobs, Bildung schafft Jobs“.

aufgezeigt wird dies unter anderem im 'Beschäftigungsausblick' der OECD (Employment Outlook 2017). Die landläufige Meinung, in erster Linie niedrig qualifizierte Jobs würden der fortschreitenden Digitalisierung bzw. Automatisierung zum Opfer zu fallen, stimmt nur mit Abstrichen. Jene Berufe, bei denen der menschliche Kontakt und die Emotionsarbeit im Vordergrund stehen, wird es auch in Zukunft noch geben: Friseurinnen oder Schönheitspflegerinnen werden nicht verschwinden, genauso wenig wie Erziehungs- und Pflegearbeit. Ein hohes Risiko, der Technologie zum Opfer zu fallen, haben hingegen niedrig qualifizierte Jobs mit hohem Standardisierungspotential. Hier hinein fallen viele Jobs am Fließband oder in der Logistik, aber auch qualifiziertere



Bildung contra Digitalisierung

Hauptsächlich niedrig qualifizierte Jobs mit hohem Standardisierungspotential werden in den nächsten Jahren dem **technischen Fortschritt zum Opfer fallen**. Wie handeln?

Tätigkeiten wie Übersetzungsdienste oder journalistische Tätigkeiten. Bildung ist somit gleich zweifach vorteilhaft. Zunächst ist sie das einzige wirkliche Rezept, um sich vor dem 'Jobkiller' Digitalisierung zu behaupten. Eine italienische Studie von Istituto Nazionale per l'Analisi delle Politiche Pubbliche (kurz: INAPP) weist die positive

Korrelation zwischen Erwerbsquote und Bildungsabschluss nach. Besonders deutlich ist diese bei den Frauen. Des Weiteren ist – unter anderem auch durch AFI-Studien – belegt, dass das Qualifikationsniveau jener Faktor ist, der am stärksten das Lohnniveau bestimmt. Will heißen: Personen mit einem hohen Bildungsabschluss verdienen im

Schnitt deutlich mehr als jene mit keinem oder niedrigem Bildungsabschluss. Es wäre aber falsch, Bildung nur auf die Schule beschränken zu wollen. Andere Formen der Bildung außerhalb der formalen werden immer wichtiger: Der Bildungsbegriff muss breiter gefasst werden. Die Zukunft bleibt spannend: Bildung und Technologie stehen jedenfalls im Wettbewerb.

Die Einkommensbesteuerung trägt in Südtirol deutlich zum Ausgleich der Einkommensunterschiede bei. Grund dafür sind nicht nur die Abzugs- und Freibeträge, sondern auch das steuerfreie Einkommen in der „No-Tax-Area“ und die progressiv ansteigenden Steuersätze nach Einkommensklassen. Von den Steuerabsetzbeträgen profitieren am meisten die Einkommen unter 35.000 €. Ohne jede Entlastung hätten die Südtirol Steuerpflichtigen im Steuerjahr 2015 über 2,5 Mrd. € an den Fiskus entrichten müssen. Unterm Strich sind es 1,9 Mrd. € netto geworden. Ergeben hat dies

„Nach den Einkommenssteuern ist die Welt etwas besser als zuvor“.

eine Auswertung von Einkommenssteuerdaten des italienischen Wirtschafts- und Finanzministeriums, in dem das AFI den Umverteilungshebel im Steuersystem sichtbar macht. Das Hauptergebnis: Nach Begleichung der Einkommenssteuer ist in Südtirol die Ungleichheit geringer als zuvor. Dazu hat das AFI den Gini-Koeffizienten der Verteilung der Einkommen berechnet – einmal vor und einmal nach Steuern. Bekanntlich gibt der Gini-Koeffizient das Maß der Verteilung zwischen totaler Ungleichheit (Wert = 1) und totaler Gleichheit (Wert = 0) wieder. Die AFI-Analyse hat für Südtirol einen Gini-Index von 0,464 für die Verteilung der Bruttoeinkommen und von 0,406 für jene der Nettoeinkommen



Weniger Ungleichheit nach Steuern

Nicht nur Arbeitsmarkt-, Lohn- und Wohlfahrtspolitik können soziale Gerechtigkeit möglich machen. Auch das **Steuersystem** kann dazu beitragen.

men ergeben. Dies ist ein klarer Beleg, dass das System der Einkommenssteuer ausgleichend wirkt. Im Steuerjahr 2015 kam jeder fünfte Südtiroler Steuerpflichtige in den Genuss von Abzugs- und Freibeträgen im Gesamtwert von 370 Mio. €. Die Abschreib- und Freibeträge betrafen zu gut 80% Ausgaben für Vor-

sorge und Gesundheit und zu knapp 15% die Zusatzrente. Einen bemerkenswerten Anteil von 12% machen die Abzugsmöglichkeiten für den Erstwohnsitz aus – insgesamt 32,7 Mio. €. So gut wie alle Südtiroler Steuerpflichtigen konnten gesetzlich festgelegte Aufwendungen absetzen, was den Brutto-Steuer-Ertrag für den

Fiskus um 688 Mio. € minderte. Die hauptsächlichlichen Abzugsposten betreffen zu 60% Einkommen aus unselbständiger Arbeit und Rente und zu 15% die zu Lasten lebenden Familienmitglieder. Jammern ist menschlich. Wer zahlt schon gerne Steuern. Doch es ist nun mal der Preis für eine friedliche und solidarische Gesellschaft.

Die nächsten Landtagswahlen sind zwar noch gut ein Jahr entfernt, doch Südtirol befindet sich schon jetzt im Wahlkampfmodus: Die Töne zwischen den Sozialparteien und zwischen den politischen Fraktionen sind schon rauer geworden, wie SWZ-Chefredakteur Christian Pfeifer vor einigen Wochen treffend bemerkte. Dass die Arbeitnehmer aktuell über eine relativ schwache und unzureichend organisierte politische Lobby verfügen, ist ein offenes Geheimnis. Umso interessanter ist die Frage: Wie viel zählen eigentlich die Arbeitnehmer gemessen am gesamten Wahlvolk? Hier die Zahlen: Bei den letzten Landtagswahlen 2013 gab es 373.050 Wahlberechtigte mit Wohnsitz in Südtirol. Rechnet man die Briefwähler

„Mindestens 64% der Stimmberechtigten für die Landtagswahlen 2018 sind frühere oder heutige Arbeitnehmer“.

dazu (27.911), kommt man auf insgesamt 400.961 Wahlberechtigte. Im Oktober 2013 gab es im Monatsschnitt 198.193 Arbeitnehmer. Davon 161.589 mit italienischer Staatsbürgerschaft. Zieht man von dieser Zahl die Personen mit weniger als 18 Jahren ab (1.787), bleiben genau 159.802 Arbeitnehmer, die theoretisch wahlberechtigt waren. Setzt man diese Zahl mit allen Stimmberechtigten in Bezug, so zeigt sich: Von allen Stimmberechtigten in Südtirol sind 40% Arbeitnehmer. Doch auch diese Zahl ist unter-

Es müssen die richtigen sein und sie müssen im richtigen Moment gesetzt werden: So einfach ist die Kunst, wirtschaftliche Anreize zu setzen. Einige finden sich auch im Haushaltsplan, den die italienische Regierung in diesen Tagen verabschiedet hat und der nun dem Parlament vorgelegt wurde. Eine konkrete Maßnahme betrifft die Jugendbeschäftigung. Bekanntlich steht Italien hier alles andere als gut da, mit einer Jugendarbeitslosenrate, die im gesamtstaatlichen Schnitt über 35% beträgt. Gerade kürzlich wurde einmal mehr die Kritik an Italien laut, dass viele hoch qualifizierte

„Die gleiche Medizin wirkt nicht, wenn die Krankheit eine andere ist.“

Junge das Land verlassen, weil sie vor allem im Süden keine beruflichen Perspektiven vorfinden: Die „Flucht der klugen Köpfe“ lässt grüßen. Um dem entgegenzuwirken, sollen Arbeitgeber, die im Jahr 2018 Junge unter 35 Jahren anstellen, für die ersten drei Jahre nur mehr die Hälfte der Sozialabgaben entrichten müssen. Die Maßnahme ist auch noch auf Aufnahmen im Jahr 2019 und 2020 ausgedehnt, wobei dort das Alterslimit auf 29 Jahre herabgesetzt ist. Der Haken an der Sache: Was gesamtstaatlich gedacht wird, ist nicht zwangsläufig immer sinnvoll für Südtirol. So zum Beispiel ist diese Förderung der Anstellungen von jungen Leuten für Südtirol als schlichtweg nutzlos zu bewerten. Anders als auf gesamt-



sonntag
Sonntag, 15. Oktober 2017 – Nr. 200

Wirtschaft quer

von Stefan Perini (Direktor AFI)



Was Arbeitnehmer politisch zählen

*Bald schreiten wir ins letzte Jahr vor den **Landtagswahlen 2018**. Wie viel Gewicht wird den Belangen der **Arbeitnehmer** in den Wahlprogrammen eingeräumt und wer wird diese zu vertreten wissen?*

schätzt. Sie berücksichtigt nämlich nur jene Arbeitnehmer, die aktiv im Arbeitsmarkt sind, und nicht die „Ex“. Die Zahl der Rentner mit meldeamtlichem Sitz in Südtirol belief sich im Jahr 2013 auf knapp 124.000. Das sind rechnerisch fast 32% der Stimmberechtigten. Allerdings

ist nicht sichergestellt, dass alle das Wahlrecht haben, zumal sich vor allem in den letzten Lebensphasen Fälle von Handlungsunfähigkeit und Demenz häufen. Darüber hinaus muss man berücksichtigen, dass nicht alle Rentner in ihrem „früheren“ Leben Arbeitnehmer waren. Unter

der großzügigen Annahme, dass ein Viertel im früheren Erwerbsleben „Selbständige“ waren, sinkt dieser Anteil auf 24%. Heutige und „frühere“ Arbeitnehmer müssten also 2013 rund 64% des Wahlvolkes gestellt haben. Rechnerisch dürften diese Kräfteverhältnisse wohl auch 2018 gelten.



sonntag
Sonntag, 22. Oktober 2017 – Nr. 205

Wirtschaft quer

von Stefan Perini (Direktor AFI)



Verfehlter Anreiz

*Die italienische Regierung will die **Anstellung von Jungen** für die ersten drei Jahre **steuerlich entlasten**. Für Südtirol erzeugt dies einen klassischen **Mitnahmeeffekt**.*

staatlicher Ebene sind in Südtirol Fachkräfte knapp, insbesondere junge Fachkräfte. In Südtirol ist das Problem der Jugend nicht der Eintritt in die Arbeitswelt, sondern die Stabilisierung der Arbeitsverhältnisse und die Höhe des Lohns. Auch der Südtiroler Arbeitsmarkt hat seine Problem-

kategorien, aber das sind die über-50jährigen Arbeitslosen, die Personen mit niedrigem Bildungsgrad, Migrationshintergrund, unzureichenden Sprachkenntnissen, chronischen Krankheiten. Im Sinne einer Vollbeschäftigungspolitik müssten - wenschon - die Anreize in Südtirol auf diese Kategorien

abzielen. Was auf gesamtstaatlicher Ebene ein echter Anreiz ist, wird hier lediglich ein Mitnahmeeffekt ohne volkswirtschaftliche Wirkung sein. Die gleiche Medizin wirkt eben nicht, wenn die Krankheit eine andere ist. Freuen werden sich in Südtirol aber die Arbeitgeber.

Das Thema wirtschaftliche Ungleichheit ist heute hochaktuell. Wie aber schaut es im langen Zeitraum aus? Darauf antwortet das Projekt EYNITE 1300-1800 (Economic Inequality Across Italy And Europe) der Mailänder Universität Bocconi. Es verfolgt die „Geschichte der Ungleichheit“ bis ins Jahr 1300 zurück. Dank der einmaligen historischen Quellen befindet sich Italien hier in einer besonders glücklichen Situation. Die Studienergebnisse liefern nicht wenige Überraschungen. Schon zu Beginn des Untersuchungszeitraums ab 1300 stieg die wirtschaftliche Ungleichheit an. Die

„Seuchen und Kriege waren stets eine Katharsis gesellschaftlicher Ungleichheiten.“

Pest, die in Europa in den Jahren 1347-52 wütete und die Hälfte der europäischen Bevölkerung daharraffte, hatte aus wirtschaftlicher Sicht eine stark „ausgleichende“ Wirkung. Das knappere Arbeitskräfteangebot ließ die Reallöhne steigen und ein größerer Teil der Bevölkerung hatte nun Zugang zu Privatbesitz. Die Wissenschaftler der Bocconi errechnen, dass die „Oberen 10%“ in kurzer Zeit bis zu 15-20% ihres Reichtums verloren. Die Fehler im „Ancien Régime“ vor der Französischen Revolution von 1789 waren die umgekehrt progressive Besteuerung (Bauern zahlten im Verhältnis mehr als Adelige) und dass die Steuereinkünfte eher fürs Kriegsführen und für den Prunk der Adelsgesellschaft eingesetzt wurden.

Südtirol hat es also wieder geschafft. Im eben veröffentlichten Bericht „Ecosistema Urbano 2017“ von Legambiente kommt die Provinz Bozen einmal mehr aufs Podest. Im Ranking der italienischen Provinzen reiht sich Bozen auf Platz 3 der umweltfreundlichsten Provinzhauptstädte Italiens, gleich hinter Modena und Trient. Besonders positiv zeigt sich die Bilanz in Südtirol in Sachen Fahrradwege, gefahrene Kilometer, Mülltrennung und Feinstaubbelastung. Viele der Bozner Werte stechen allerdings nur im italienischen Vergleich positiv hervor und nicht im europä-

„Die Frage ist, ob die heutigen Bemühungen ausreichen, um Südtirol auf den Pfad der Nachhaltigkeit zu bringen.“

schen. Das ist eben der Trick mit den gesamtstaatlichen Statistiken: Sehr oft lässt sich Südtirol auf diese Weise besonders positiv darstellen. Was nicht heißen will, dass der Umweltschutz in Südtirol nicht stärker ausgeprägt ist als im Süden Europas.

Ob das Ranking von Legambiente mit der Wahrnehmung in Südtirol übereinstimmt, darüber herrschen berechnete Zweifel. Alles paletti? Wohl eher Fehlansage. Steigende Verkehrsbelastungen auf der A22, auf den Schnell- und Staatsstraßen, Staus, die Ankündigung alternierender Fahrverbote für Bozen – um nur beim Verkehr zu bleiben. Weiter: Eine Pestizide-Debatte, die erst in den Anfängen steht, Angst vor einer ex-



Also lieber ungleich?

In den letzten 700 Jahren ist die wirtschaftliche **Ungleichheit** ständig **gestiegen**, mit zwei Ausnahmen: Nach der Pest von 1348 und nach den beiden Weltkriegen. Muss uns das Sorge bereiten?

Die Geschichte der Ungleichheit erreicht einen Höhepunkt vor dem Ersten Weltkrieg, als die „Oberen 10%“ über 90% des Reichtums verfügten. Nach dem Zweiten Weltkrieg war der Abstand zwischen Armen und Reichen auf den Mindeststand des 20. Jahrhunderts abgesunken. Das blieb dank des Ausbaus der Wohlfahrtssysteme mehrere Jahrzehnte so. Erst in den 1980er

Jahren stieg die Ungleichheit wieder an. Allerdings sind wir heute noch weit entfernt von den Höchstständen vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs.

Grund zum Verzagen? Nicht wirklich. Erstens wiederholt sich die Geschichte nicht leicht auf dieselbe Art und Weise. Zum Zweiten hat sich mit Aufkommen des Wohlfahrtsstaats die Idee der Umverteilung der Wirtschaftsleistung etab-

liert. Drittens klammert die Studie etwas aus, das entscheidend ist. In allen diesen 700 Jahren hat der technologische Fortschritt zu einem gewaltigen Anstieg der Produktionsleistung geführt. Wenn der Kuchen größer wird, lässt sich ein gewisses Maß an Ungleichheit leichter ertragen. Von den materiellen Möglichkeiten her lebt heute jeder Durchschnittsbürger besser als jeder Graf im Mittelalter.



Faktor gesunde Umwelt

Die Umwelt ist **Südtirols Kapital**. Tun wir genug dafür? Oder sollten wir vielleicht einfach etwas **weniger „tun“**?

zessiven Lockerung der Raumordnung, die jüngste Diskussion zur Tourismus-Obergrenze. Es wäre unrecht zu behaupten, die Landesregierung täte nichts: Man setzt auf Elektromobilität, kauft Wasserstoffbusse, baut den öffentlichen Verkehr aus, testet eine Pass-Maut, unterstützt Car

Sharing. Die Frage ist, ob die heutigen Bemühungen ausreichen, um Südtirol auf einen nachhaltigen Pfad zu bringen.

Die Verkehrs- und Lärmbelastung ist von den Leuten besonders gefühlt, zumal die gesundheitlichen Beeinträchtigungen mittlerweile einschlägig belegt sind. Der Ein-

druck verhärtet sich, dass eine gesunde Umwelt für die Mitbürger ein stärkerer Faktor ist, als dies heute noch viele wahrhaben wollen. Aktuell ordnet die EU den Umwelt- und Gesundheitsschutz noch der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit unter. Auch das kann sich mittelfristig ändern.

Nach „Luxemburg-Leaks“ und „Panama-Papers“ nun also die „Paradise-Papers“. Einer Vereinigung von investigativen Spitzenjournalisten ist es gelungen, auf der Grundlage von 13,4 Mio. Dokumenten massive Steuerflucht aufzudecken. Die Paradise-Papers enthüllen, wie sich Firmen und Promis vor dem Fiskus drücken. Die Recherche führt ins Kabinett von US-Präsident Trump, in den Kreml, zur Queen, zu Großkonzernen wie Twitter und Facebook, Herstellern wie Adidas und Nike, zu Hollywood-Größen und Pop-Idolen.

„Wer viel Geld hat, hat auch viel soziale Verantwortung“.

Die Daten der „Paradise Papers“ sind die der Kanzleien Appleby und Asiaciti Trust. Spezialisten wie diese helfen ihren Kunden, ihr Geld auf legalen Weg in Steueroasen zu führen. Der Ökonom Gabriel Zucman schätzt, dass Superreiche auf diese Weise rund 7,9 Billionen Euro an der Steuer ihres Landes vorbei geparkt hätten. Mit diesem Geld könnte man alle Menschen, die Hunger leiden, rund 61 Jahre lang ernähren. Oder jedem Menschen auf der Welt gut 1.000 Euro auf die Hand geben. Oder weltweit alle Kinder, die keinen Zugang zu Bildung haben, knapp viereinhalb Jahre lang in eine Schule schicken, die mitteleuropäischen Standards entspricht. Die Paradise-Papers erzählen von Menschen und Firmen, die sich entziehen. Meist der Steuerpflicht, in jedem Fall aber ihrer gesell-

Das Pflegegeld ist die bedeutendste Wohlfahrtsleistung des Landes Südtirol und einzigartig in Italien. Nun feiert diese Erfolgsgeschichte ihr 10. Jahr. Die Gründerväter hatten sich für ein voll und ganz steuerfinanziertes System entschieden. Es sollte die Pflege zu Hause gestärkt werden und den Pflegebedürftigen ihre gewohnte familiäre Umgebung erhalten bleiben. Heute werden 11.800 Menschen zu Hause gepflegt und 4.200 in Alten- und Pflegeheimen. Rund 202 Mio. € hat das Land im Jahr 2016 in die Pflegeversicherung investiert.

„Das Pflegegeld kann als Geldzuschuss für die pflegebedürftige Person oder aber als Lohnersatz für die Hauptpflegeperson gesehen werden“.

Nach 10 Jahren sind Anpassungen nötig geworden. Wie das AFI schon erhoben hat, brauchen pflegende Angehörige Auszeiten, Pflegehelfer/innen benötigen zusätzliche Ausbildung und Beratungsdienste für die Familien tun dringend Not. Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob das Pflegegeld den Familien weiterhin unabhängig vom Einkommen zustehen soll oder nicht. Was die Einstufung in die vier Pflegeklassen betrifft, sind unangemeldete Kontrollen mit Ende dieses Jahres Geschichte. Ab 1. Jänner 2018 wird das Pflegegeld auf drei Jahre ausbezahlt. Für danach ist ein neuer Antrag zu stellen. Bei bleibender Invaldität und für Pflegebedürftige über 88 Jahre wird das Pflegegeld weiterhin auf



Die Schurken

„Paradise Papers“: Wie sich Weltkonzerne und eine Handvoll Superreiche auf dreiste Weise ihrer gesellschaftlichen Verantwortung entziehen.

gesellschaftlichen Verantwortung. Dies geschieht mit der größten Selbstverständlichkeit. Steueroasen sind längst der Treffpunkt des „Oberen 1%“. Der britische Oppositionsführer Jeremy Corbyn tut gut daran, der Queen nahezu legen, sie möge sich entschuldigen: Es sei moralische Pflicht eines jeden, die Steuern im eigenen Land zu zahlen, und zwar in vollem Umfang.

Aufdeckungen wie diese treffen eine Gesellschaft, die sich dramatisch entsolidarisiert. Hier die Superreichen außerhalb des nationalen Rechts, dort die Menschen, die normal verdienen und an dieser Parallelwelt weder teilhaben können noch wollen. Es entgehen Milliarden an Steuern, die fehlen, um Krankenhäuser und Schulen zu bauen, Krippenplätze zu schaffen

oder Straßen sicherer zu machen. Die Handlungsoptionen der Politik sind dann nur mehr zwei: Noch mehr Schulden machen oder Leistungen kürzen. Getan wird oft das Letztere. Der alte Klassenkampf ist Geschichte. Alles spricht für einen ganz neuen: Das oberste 1% gegen die anderen 99%. Bewegungen wie „Occupy“ sind Anzeichen dafür.



Feilen am Erfolg

Mit der Pflegesicherung hat Südtirol vor 10 Jahren ein einzigartiges System eingeführt und erfolgreich weitergebracht. Nun sind einige Justierungen nötig geworden.

unbegrenzte Zeit ausbezahlt. Ein weiterer Diskussionspunkt betrifft die Bewertung, was das Pflegegeld eigentlich darstellen soll: Geldleistung zugunsten der pflegebedürftigen Person oder Lohnersatz für die Hauptpflegeperson? Wird es als ersteres gewertet, so wäre es naheliegend, das Pflegegeld an die finanzielle Bedürftigkeit der Pflegeperson zu koppeln. In diesem

Fall müsste man es an die Einkommens- und Vermögenssituation koppeln und über die EEEV steuern. Wird es hingegen als Lohnersatz für die Hauptpflegeperson gesehen, müsste es eben diesen, nach Pflegestufen gestaffelt, als Pauschalbetrag zukommen. Dabei bedenke man: 84% der Hauptpflegepersonen sind Frauen. In 73% der Fälle sind es Familienangehörige,

meistens die Ehepartnerin, Tochter oder Schwiegertochter der Pflegeperson. Mit der Bezahlung von Lohnersatzleistung bzw. Anrechnung von Rentenzeiten würde man Frauenpolitik betreiben, andererseits aber nicht sicherstellen, dass die Wohlfahrtsleistung auch wirklich beim Pflegebedürftigen ankommt. Beide Überlegungen haben ihre Vor- und Nachteile.

Zu allen Zeiten haben die Menschen geglaubt, dass das System, in dem sie leben, ewig hält. Zu allen Zeiten haben sie sich geirrt. 1989 haben wir den Kommunismus begraben und denken heute, dass die soziale Marktwirtschaft ewig halten wird. Sicher, der Staatskapitalismus, so wie er in der Sowjetunion und in Ostblockstaaten wie der DDR umgesetzt wurde, war alles andere als wünschenswert. Doch einige Ansätze des Kommunismus sind nicht ganz aus der Luft gegriffen. Karl Marx hatte erkannt, dass der technologische Wandel, also die Art, wie wir arbeiten und produzieren, auch das gesellschaftliche und

„Auch das aktuelle Wirtschaftssystem wird früher oder später einem anderen weichen müssen.“

politische System verändert. Und so wird auch die soziale Marktwirtschaft in irgendeiner Form von neuen Systemen abgelöst werden. Der Beginn könnte mit der vierten industriellen Revolution eingeleitet werden, der sogenannten „Industrie 4.0“. Mit Automatisierung, künstlicher Intelligenz und Vernetzung von Technologien dürfte ein nicht unwesentlicher Teil der uns heute bekannten Arbeit zukünftig nicht mehr von Menschenhand verrichtet werden. Damit tun sich neue Chancen auf. Ansätze gibt es bereits heute: Wikipedia basiert auf der freiwilligen Arbeit Tausender. Über „Couchsurfing“ vernetzen sich Menschen, um anderen im Urlaub eine kostenlose Unterkunft zu bieten. Mit „Open Source“ stellen



Marx reloaded

Genau 100 Jahre nach Machtübernahme der Bolschewiki und gut ein Vierteljahrhundert nach dem **Fall der Berliner Mauer** ist der Kommunismus tot. Finden die Ideen von **Karl Marx** vielleicht doch noch ein neues Leben?

Leute den Quellcode ihrer selbst entwickelten Programme ins Internet, damit andere sie kostenlos nutzen und weiterentwickeln können. Herausgebildet hat sich eine kollektive Arbeitsweise, die auf freiwilliger Basis und nicht gegen Entgelt geleistet wird. Es ist naheliegend, dass sich die herrschende Wirtschaftsordnung gegen diese neuen

Formen sträubt. So werden die aus einer gemeinnützigen Idee entstandenen Mitfahrzentralen Ruckzuck von irgendeinem Konzern aufgekauft, um Geld zu machen. Wenn es die Gesellschaft jedoch langfristig schafft, die Verteilung des erwirtschafteten Sozialproduktes von der Arbeitsleistung des einzelnen Menschen abzukoppeln, dann sind ein

bedingungsloses Grundeinkommen und Formen unbezahlter Arbeit durchaus denkbar. Das Ende der Arbeit bedeutet das nicht. Viele sehen darin die Befreiung vom Arbeitszwang um des Überlebens willen. Wobei wir wieder bei Karl Marx wären: Ende der Ausbeutung einer gesellschaftlichen Mehrheit durch eine Minderheit.

Die sogenannte Work-Life-Balance steht in der arbeitspolitischen Debatte unverändert hoch im Kurs. In Deutschland will das Konzept „Gute Arbeit“ Erwerbsarbeit, Familie und Privatleben ins Gleichgewicht bringen. Jahrelang glaubte man zu wissen, wie das geht. Teilzeitarbeit und Telearbeit hießen die Zauberworte. Doch alles ist etwas komplexer als angenommen. Das zeigt der DGB-Index „Gute Arbeit“: Im Report 2017 wurde von Arbeitnehmern bewertet, was die Vereinbarkeit von Arbeit und Privatleben behindert und was sie fördert. Das Hauptergebnis: Erschöpfung ist ein größeres

„Teilzeit- und Telearbeit sind keine Erfolgsgarantie, um die Vereinbarkeit von Arbeit und Privatleben zu verbessern“

Hindernis als der Mangel an Zeit. 41% der Beschäftigten geben an, nach der Arbeit sehr häufig oder oft zu müde zu sein, um sich noch um private oder familiäre Angelegenheiten kümmern zu können. Zur Risikokategorie von erschöpfungsbedingten Vereinbarungsschwierigkeiten zählt, wer stets eine herablassende Behandlung erfährt, wer sich Sorgen um den Arbeitsplatz machen muss und wer Konflikten und Streitigkeiten mit der Kundschaft ausgesetzt ist. In 27% der Fälle – also zu einem geringeren Teil – gibt es Vereinbarungsschwierigkeiten wegen zeitlicher Probleme. Hier ist besonders gefährdet, wer am Abend, nachts, am Wochenende, oder insgesamt mehr als 48 Stunden pro Woche ar-



Neu denken

Wie gelingt es am besten, **Arbeit und Privatleben** miteinander zu vereinen? Eine Studie des Deutschen Gewerkschaftsbundes fördert Überraschendes zutage.

beitet oder ständig erreichbar sein muss. Insbesondere die ständige Erreichbarkeit wird in jüngeren Studien immer stärker als negative Erscheinung thematisiert. Schafft die Digitalisierung einerseits die Möglichkeiten, ortsungebunden zu arbeiten (z.B. durch Telearbeit), ebnet sie gleichzeitig den Weg für die sogenannte „Entgrenzung“ der

Arbeit. Diese tritt ein, wenn die Grenzen zwischen Arbeitszeit und Erholungszeit nach und nach verschwimmen. Ambivalent sehen das auch die Befragten: Bedeutet Arbeiten von zu Hause aus für die einen eine Arbeitserleichterung, ist sie für die anderen eine Notstandsmaßnahme. Der DGB (Deutscher Gewerkschaftsbund) kommt zum

Schluss, Arbeiten von zuhause aus sei derzeit mit erhöhten Vereinbarungsschwierigkeiten verbunden. Die Arbeitnehmer sind sich voll im Klaren, was der Vereinbarkeit von Arbeit und Privatleben am besten nutzen würde: Entscheidend ist, dass der eigene Arbeitstag eine Grenze hat und dass er im Regelfall acht Stunden nicht überschreitet.

Der Titel allein sagt schon alles: „Die 50 reichsten Südtiroler – Ein Heft über Armut und Reichtum in Südtirol“, so das Cover der letzten Ausgabe der Wochenzeitschrift F.F. Ja, es geht um die Verteilung des Wohlstands. Dabei ist es für die Forschung alles andere als leicht, Einkommen und besonders Vermögen in Zahlen zu fassen – zum Beispiel Vermögenswerte im Ausland oder Kunstgegenstände. Auch die Trennung von Betriebs- und Privatvermögen ist schwierig. So kommt es, dass man stets auf Stichprobenbefragungen zurückgreifen und auf Eigenangaben von

„Die Senkung der IRAP sollte nur Unternehmen zukommen, die belegen, dass sie Löhne zahlen, die 20% über dem gesamtstaatlichen Niveau liegen“.

Befragten angewiesen ist. Dennoch beobachtet die Wissenschaft, dass die Verteilung der Vermögen in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften ungleicher ist als jene der Einkommen. Das lässt sich nach heutigem Wissensstand auch auf Südtirol übertragen.

Lohngefüge, Transfersystem und soziale Mobilität bestimmen mit, wie stark wirtschaftliche Ungleichheit ausfällt. Im Idealfall gestaltet sich das Lohngefüge so, dass man vom eigenen Lohn leben kann. Im Realzustand muss der Staat durch Transferleistungen „nachkorrigieren“. Will man sicherstellen, dass die Sozialbudgets nicht ausufern, muss man sich für Mindestlöhne und eine an-

Der Polarforscher Ernest Shackleton hat es mit seiner Antarktis-Expedition „Endurance“ (1914-1916) zu Weltruhm gebracht. Nicht, weil er sein Ziel erreichte, sondern weil er nach einer zweijährigen Irrfahrt im Eismeer seine ganze Mannschaft wieder zurückbrachte: Ergebnis seiner herausragenden Führungsqualitäten. Expeditionsleiter und Schiffskapitäne sind in der Führungstheorie gern gewählte Figuren. Und tatsächlich: Vieles von der Philosophie des Segelns lässt sich auf das Führen in Organisationen übertragen. Entscheidungsschritte sind ähnlich gelagert. Alles be-

„Nur wer die Bereitschaft mitbringt, hart am Wind zu segeln, bringt das Boot voran.“

ginnt damit, ein Ziel anzuvisieren. Schließlich darum, den Kurs auszuloten und aufzunehmen, um das Ziel sicher zu erreichen. Gefahren müssen frühzeitig erkannt, vermieden oder umschifft werden. Segeln erfordert die Fähigkeit, Windstärke und -Richtung einschätzen und zugunsten der eigenen Organisation einsetzen zu können. Nicht unberücksichtigt bleiben dürfen Erwartungen des engeren Kreises an Stakeholdern, das politische Umfeld und die Strategien der Mitbewerber. Nur wer die Bereitschaft mitbringt, hart am Wind zu segeln, kommt rasch voran. Es ist ein Spiel auf Messers Schneide: Lässt man die Segel zu lasch, verschenkt man Schubkraft – überschätzt man das



Über gute Löhne zu schlankeren Sozialbudgets

Im Idealzustand gestaltet sich das Lohngefüge so, dass soziale Transferleistungen gar nicht erst notwendig sind. Warum es in Südtirol Zeit ist, die Arbeitgeber in die Pflicht zu nehmen.

gemessene Lohndynamik starkmachen. In Südtirol bedeutet dies, die Arbeitgeber in die Pflicht zu nehmen, Reallöhne zu zahlen, die den Lebenshaltungskosten in Südtirol Rechnung tragen, welche nachweislich 20% über den gesamtstaatlichen liegen. Es kann nicht sein, dass über Lohnzurückhaltung die Verantwortung für die Verteilung des Wohlstands allein

auf die öffentliche Hand abgeschoben wird.

Dass es Überlegungen in diese Richtung gibt, wurde jüngst durch das Tagblatt der Südtiroler bekannt: Der Landesregierung schwebte vor, die IRAP-Senkung für Betriebe an die Verpflichtung zu koppeln, über Betriebsabkommen einen Teil des wirtschaftlichen Erfolgs an die Arbeitnehmer

abzutreten. Die Stoßrichtung ist die richtige, sie könnte allerdings weniger schwammig formuliert sein: Die IRAP-Senkung erhalten nur jene Unternehmen, die belegen können, dass sie Löhne zahlen, die 20% über dem nationalen Kollektivvertrag liegen und dass sie ein Drittel des Gewinns als Betriebsprämien an die Belegschaft auszahlen.



Von der Kunst des Segelns

Wer vorankommen will, segelt hart am Wind. Eine Geschichte übers Segeln und Führen. Und über Grenzgänge.

Mögliche, riskiert das Boot zu kentern. Der Blick gilt stets dem Wetter und der Meereslage. Wenn sich Ziele oder Wetterlagen ändern, ist ein Umsteuern erforderlich. Deshalb ist wichtig, das Ruder stets in der eigenen Hand zu wissen. Je höher die Wahrscheinlichkeit von unplanmäßigen Ereignissen und von Wetterkapriolen, desto häufiger könnten schnelle Kursänderungen und eine schnelle Reaktion

notwendig werden: Umso wichtiger ist die feste Hand am Steuer: Ist die Windrichtung ungünstig, erfordert das den Einsatz von Schiffmannstechniken wie das Kreuzen. Auch darf man nicht davor zurückschrecken, ein Stückweit gegen den Wind zu segeln. Zentral in allen Manövern ist eine gute Crew. Die Einbindung und ein Dialog bei jedem Vorhaben sind sehr wichtig, denn diese wirken

sich positiv auf die Motivation der Crew aus. Für effektives Handeln ist gute Kommunikation ausschlaggebend. Der Kapitän muss aktiv und klar kommunizieren. Die Gespräche sollten nicht autoritär oder auf eine abwertende Art verlaufen, es sollte das richtige Level gefunden werden – ehrlich, aber angemessen. Wie sagt es wieder der Organisationsberater Olaf Hinz? „Hart am Wind segeln.“

Der Südtiroler Landtag genehmigt den Landeshaushalt 2018 mitten im Streit um mehr Steuergerechtigkeit: Im Raum steht die Forderung, den reduzierten IRAP-Steuersatz in Zukunft nur mehr jenen Unternehmen zu-zuerkennen, welche Löhne zahlen, die an die Südtiroler Lebenshaltungskosten angepasst sind. Zeitgleich steht die Treffsicherheit von Sozialleistungen wieder in Kritik: In der Wohnbauförderung wird ein Fall bekannt, wo ein Landesbeitrag von 52.600 € gewährt wurde und dieser auf null gesetzt wird, sobald das zweite Kind kommt. Geschieht alles im Jahr 2017.

„Bei der heutigen Verfügbarkeit an Daten müsste man eigentlich über Sachverhalte besser Bescheid wissen.“

Nie zuvor gab es eine so große und so leicht zu verarbeitende Menge an Information wie heute im Zeitalter der fortgeschrittenen Digitalisierung. Unternehmen wie Google machen Milliarden mit den gesammelten Daten ihrer Kunden. Die öffentliche Hand herrscht über ein regelrechtes Daten-Eldorado, nur schafft sie es nicht, dafür zu sorgen, dass ihre Datenbanken miteinander kommunizieren. Beispiel Landeshaushalt. Trotz Ankündigung einer Durchforstung zu Beginn der Legislaturperiode ist bis heute wenig passiert. Zumal durch die Harmonisierung der öffentlichen Buchhaltungssysteme zwischen 2015 und 2016 Ausgabenkonten neu benannt wurden sind keine Zeitreihenvergleiche mehr



Das Prinzip Oberflächlichkeit

Noch nie war die verfügbare Datenmenge so umfassend wie heute, und trotzdem blickt man bei Landeshaushalt, Sozialtransfers und Steuern nicht besser durch als vor 20 Jahren. Ist das gewollt?

möglich. Das ist ein Manko, das durch eine Um-Kodierung der alten Datenzeitreihen behoben werden müsste. Beispiel Sozialtransfers. Trotz der Dimension der Sozialbudgets bleibt die Frage weitgehend unbeantwortet, wem heute in Südtirol Sozialleistungen zugutekommen. Was es bräuchte, wäre ein „Atlas der Sozialleistungen“ und eine Erhebung

des „Profil der Sozialleistungsempfänger“. Beispiel Steuergerechtigkeit. Das Land hat Zugang zu allen Daten aus den Steuererklärungen von Arbeitnehmern und von Arbeitgebern. Es dürfte sich ermitteln lassen, wer in welchem Maß die Steuerlasten heute trägt und wo nachgebessert werden muss. Um all dies zu tun, braucht es drei Zutaten: den politischen Willen,

das Knowhow von Experten, den Zugang zu gesicherten Daten. Die Frage, die ich mir nach 20jähriger Berufstätigkeit bei ASTAT, WIFO und AFI stelle, ist, ob es politisch überhaupt gewünscht ist, sich Klarheit zu verschaffen, oder aber es Strategie ist, möglichst viel im Dunkeln zu belassen. Immerhin könnte man dann das Märchen erzählen, das sich gerade anbietet.

Ob Mensaeßen, Instandhaltung, Transporte oder Sanität – häufig übernehmen private Unternehmen für die Allgemeinheit wertvolle Dienste. Was alles die öffentliche Hand der Privatwirtschaft übertragen soll oder darf, das ist eine Frage, die meist ideologisch diskutiert wird und folglich stark polarisiert. Sind Outsourcing oder Privatisierung wirklich fast eine zwangsläufige Lösung, weil Private effizienter arbeiten als Ämter? Soll sich das „Land“ wirklich möglichst ganz auf sein Kerngeschäft zurückziehen? An Gegenbeispielen aus europäischen Ländern mangelt es nicht: Die Liste wäre lang an Fäl-

„Es ist gut, dass die Qualität der öffentlichen Dienstleistungen wieder in den Vordergrund rückt.“

len, wo Privatisierung zur Verschlechterung der Dienstleistung, aber auch zu schlechteren Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiter geführt hat. Das belastet die öffentlichen Haushalte auf lange Sicht mehr als dass es sie entlastet. Wie diese Woche bekannt wurde, hat die Landesregierung Richtlinien für die Qualität von ausgelagerten Diensten beschlossen. Demnach werden die öffentlichen Auftraggeber zusammen mit der Verbraucherzentrale Südtirol Qualitätsstandards festschreiben, die von privaten Auftragnehmern zu gewährleisten sind. Die Qualität der erbrachten Leistungen soll regelmäßig geprüft werden. Auch soll es ein Beschwerdemanagement und eine jährliche Nutzerumfrage geben. Al-



Qualitätsmaß vor Sparstift!

Als Bürger sollten wir Interesse daran haben, dass ausgelagerte öffentliche Dienstleistungen an Qualitätsstandards gebunden sind. In Südtirol wird dies in Zukunft Realität.

les folgt dem erklärten Ziel, die Zufriedenheit der Bürger in den Mittelpunkt zu stellen. Es ist begrüßenswert, dass die Landesregierung hier einen neuen Weg einschlägt und damit eine Trendwende markiert. Seit 2009 gab es in der öffentlichen Verwaltung näm-

lich nur eine Maxime: „Hauptsache billig“. In Zeiten von staatlichen Sparvorgaben hatte die Qualität der Dienstleistung das Nachsehen. Begünstigt wurden Anbieter, die bei Material, Ausführung, Arbeitssicherheit und anderen Qualitätsmerkmalen knauserten. Sehr zum

Nachteil guter Firmen, heimischer Anbieter und einer soliden und professionellen Ausführung. Oft zum Schaden auch von uns Bürgern – denn was zunächst billiger scheint, ist über einen längeren Zeitraum betrachtet nicht selten mit hohen Folgekosten verbunden.

Die Medienberichte der letzten Tage zeigen es: Der Fachkräftemangel hat Südtirol fest im Griff. Die Auftragsbücher sind wieder voll. Südtirols Wirtschaftsmotor läuft quer durch alle Sektoren auf hohen Touren. Und der Arbeitsmarkt schießt, bildlich gesprochen, durch die Decke.

Weit entfernt scheinen die Zeiten der Krise. Dabei ist es nicht allzu lange her, da sprachen Unternehmer noch von leeren Auftragsbüchern, Personalreduzierungen und Schwierigkeiten im Inkasso von Kundenforderungen. Parallel herrschte bei den Arbeitnehmern die Sorge um den Verlust des eige-

„Lieber Vollbeschäftigung und Fachkräftemangel als leere Auftragsbücher und Arbeitslosigkeit.“

nen Arbeitsplatzes. Bevor man Forderungen stellte, überlegte man es sich gerne zweimal.

Heute sind die Sorgen andere. Sagen wir ruhig, zum Glück sind sie es! Arbeitgeber suchen händeringend nach gutem Fachpersonal und werben sich untereinander die besten Arbeitskräfte ab. Die SWZ berichtet von Fällen, wo Arbeitgeber ihren Mitarbeitern Prämien in Aussicht stellen, wenn sie es schaffen, der Konkurrenz gute Fachkräfte abzuwerben. Schon lange nicht mehr hatten die Arbeitnehmer eine so starke Verhandlungsposition dem Arbeitgeber gegenüber wie jetzt. Es liegt in der Natur der Sache, dass diejenige Verhandlungspartei am längeren Hebel sitzt, die gerade



Es lebe die Vollbeschäftigung!

Früher jammerten Arbeitgeber über mangelnde Aufträge, heute über fehlende Fachkräfte. Doch was tun sie dagegen?

als knappe Ressource wahrgenommen wird – momentan sind es die Arbeitnehmer.

Aber die Diskussion, die derzeit geführt wird, droht ins Leere zu laufen. Das Werben der Arbeitgeber um gute Fachkräfte ist verständlich, doch die Situation wird so bleiben, wenn dem Jammern nicht die Bereitschaft folgt, etwas grundlegend zu ändern. Der aktu-

elle Fachkräftemangel ist mitbestimmt vom so genannten „brain drain“, von der Flucht der klugen Köpfe, die Südtirol aus Mangel an guten Arbeitsperspektiven verlassen. Wie holen wir diese zurück? Wie bewerben wir gezielt ausländische Fachkräfte, die sich kulturell gut in Südtirol einfügen? Inwiefern sind Arbeitgeber bereit, den Bewerbern bei flexiblen Arbeits-

zeiten, bei Vereinbarkeit von Beruf und Leben, bei vertraglichen Bedingungen und Lohnvorstellungen entgegenzukommen?

Der Arbeitgeber, der behauptet, es sei schlichtweg unmöglich, heute Fachkräfte zu finden, macht es sich zu leicht. Wer sucht, der findet. Südtirol hat 200.000 Arbeitnehmer. Sie alle sind mobil, sie alle suchen nach der besten Alternative.

Rohstoffmärkte sind ein Frühindikator für das, was sich an der Preisfront abzeichnet. Steigende Preise für Rohstoffe verteuern die Herstellung von Waren. Die Unternehmen werden danach trachten, die Mehrkosten auf die Verkaufspreise umzulegen. Der Preisauftrieb kommt schließlich beim Endverbraucher an - Inflation entsteht. Die Anzeichen für ein Aufflackern der Inflation sind derzeit besonders stark. Erstens: Die Weltwirtschaft ist momentan in einer Boom-Phase, der Welthandel hat deutlich zugelegt und auch die Volkswirtschaften der Schwellenländer sind auf Erholungskurs.

„Die nächsten Monate werden heiß.“

Zweitens: An den Märkten ziehen die Preise der für Erzeuger so wichtigen Rohstoffe wie Stahl, Aluminium und Kupfer an. Auch Rohöl hat sich verteuert. Die Nordsee-Sorte Brent ist aktuell für 69 US\$, West Texas Intermediate für 63 US\$ pro Barrel (entspricht 159 Litern) zu haben. Experten rechnen mit einem weiteren Anstieg bis auf 80 US\$ in den nächsten Monaten. Das europäische Statistikamt Eurostat weist für den Euroraum im Dezember 2017 eine Inflationsrate von 1,4% aus. Dieser Wert ist zwar immer noch recht bescheiden und noch klar entfernt von der EZB-Zielmarke von 2%, aber die Gefahr einer Deflation scheint vorerst abgewendet. Zur Erinnerung: Anfang 2013 war die Inflationsrate für den Euroraum unter die Marke von 2% abgerutscht und lag An-



Die Inflation ist zurück

Der wirtschaftliche **Aufschwung** festigt sich, die Rohstoffpreise ziehen wieder an. Und in Deutschland und Österreich stehen heiße Tarifrunden vor der Tür.

fang 2015 sogar kurzzeitig im negativen Bereich.

Steigendes Wirtschaftswachstum und Inflation im Normalbereich sollten uns eigentlich positiv stimmen. Allerdings unter der Voraussetzung, dass die gute Dynamik bei allen Akteuren der Gesellschaft ankommt. Da wären, einerseits, die Löhne. In Deutschland stehen wichtige Tarifrunden an: Die IG Metall

fordert eine Anhebung der Tariflöhne von +6% und für die Arbeitnehmer zusätzlich das Recht auf eine Wochenarbeitszeit von 28 Stunden. Auch in Österreich kündigt sich eine heiße Saison der Lohnverhandlungen an. In Italien spricht die Regierungspartei von der möglichen – eigentlich längst überfälligen – Einführung eines gesetzlichen Mindeststundenlohns. Da wäre, anderer-

seits, die Zinspolitik. In Zeiten von Niedrigzinsen ist eine steigende Inflation reines Gift für die Sparer. Sie bedeutet eine reale Abwertung des ersparten Kapitals. Erspartes wertbeständig und gleichzeitig sicher anzulegen, ist heute schwieriger denn je. Insbesondere in der Perspektive einer ansteigenden Inflation ist man dazu verleitet, ein gewisses Maß an Risiko einzugehen.

Über die Verteilung der Steuerlast wird seit Menschengedenken gestritten. Nicht von ungefähr stößt man sogar in der Bibel mehrmals auf Steuern und Steuereintreiber. Ja, hätte der römische Kaiser nicht befohlen, dass sich alle Bürger in Steuerlisten eintragen müssen, dann wäre Jesus nicht in einer Krippe zu Bethlehem auf die Welt gekommen. 2000 Jahre seit damals haben offensichtlich nicht gereicht, um die Löcher im römischen Steuersack zu stopfen. Darauf hingewiesen haben einmal mehr die Organisation CGIA Mestre und die italienische Wirtschaftszeitung „Il Sole24ore“.

„2000 Jahre haben offensichtlich nicht gereicht, um die Löcher im römischen Steuersack zu stopfen.“

Die Vereinigung der Handwerker und Kleinbetriebe (CGIA) von Mestre bei Venedig hat errechnet, dass im Jahr 2015 dem Fiskus von italienischen Unternehmen und Freiberuflern Einnahmen in der Höhe von 93,2 Mrd. € nicht gemeldet wurden. Zu diesem Fehlbetrag, der direkt den Betrieben zurechenbar ist, kommen noch weitere 77,4 Mrd. € an Schwarzarbeit und 36,9 Mrd. € aus illegaler Tätigkeit und nicht erklärte Mieten dazu. Macht in Summe 207,5 Mrd. Euro an Schattenwirtschaft in ganz Italien. Im lokalen Vergleich gehört Südtirol zwar zu den tugendhaften Regionen, trotzdem gingen in Südtirol im Jahr 2015 über 2 Mrd. € am Fiskus vorbei. Auffallend ist, dass Südtirol zu den wenigen Re-



In 18 Jahren schuldenfrei

Würden in Italien alle Steuer zahlen, wie es sich gehörte, ließe sich die Staatsverschuldung in 18 Jahren vollständig abbauen.

gionen zählt, in denen die Wertschöpfung aus Schwarzarbeit mehr ausmacht als jene, die von den Betrieben nicht erklärt wird. Die Lösung des Dilemmas liegt nach Ansicht von CGIA Mestre in der Reduzierung von Steuern, im Abbau von bürokratischen Hürden, in der Verfolgung von Dauer-Steuerhinterziehern und von großen Unternehmen und Konzernen, die Firmensitze ins Ausland verlagert haben.

Nicht weniger interessant ist ein wissenschaftlicher Artikel, auf den die Wirtschaftszeitung „Sole24ore“ Bezug nimmt. Es geht um das sogenannte „under-reporting“ bzw. das Bestreben, in Steuererklärungen weniger Einkommen anzugeben als tatsächlich realisiert wurde. Die Wissenschaftler von *ricerca ca' Foscari* kommen zum Schluss, dass allein diese Steuerhinterziehung auf Einkommen in Italien zwischen 125,5 und 132,1

Mrd. € ausmacht. Das entspricht 15% der Steuergrundlage. Die Studie geht noch weiter: Würden ab heute alle Beteiligten ihre Einkommen wahrheitsgetreu erklären, wäre die legendäre Staatsverschuldung Italiens in 18 Jahren vollständig abbezahlt. Der Schuldenberg, der sich im Laufe von 47 Jahren aufgebaut hat, wäre in weniger als der Hälfte dieser Zeit weggeradiert – gewettet ohne soziale Härtefälle zurückzulassen.

Dem Trentiner Sportlandesrat Tiziano Mellarini schwebt vor, dass sich die drei Dolomiten-Provinzen Belluno, Trient und Bozen gemeinsam um die Ausrichtung der Winterspiele im Jahr 2026 bewerben. Landeshauptmann Arno Kompatscher findet die Idee gut: Die Olympischen Winterspiele müssten dorthin zurückkehren, wo die Wintersportarten zuhause sind, wo es bereits Anlagen gibt und wo es keiner landschaftszerstörenden Eingriffe bedarf. Mit Sotschi (2014), Pyeongchang (2018) und Peking (2022) sind zuletzt Städte zum Zug gekommen, mit teils sehr negativen Auswir-

„Ausschlaggebend ist, welche Message Südtirol in die Welt schicken würde.“

kungen: Massive Investitionen, schlechte Arbeitsbedingungen für Beschäftigte in der Bauzeit und leere Stadien und Sportanlagen nach dem Großereignis.

Die Austragung der Olympischen Spiele schreckt besonders die ökologisch sensiblen Gemüter ab. In der Tat: Die ökologischen Belastungen, die Irreversibilität der Eingriffe in die Landschaft und die Risiken von Fehlinvestitionen sind nicht von der Hand zu weisen. Ein Großereignis wie dieses böte aber auch die Chance, ganz neue Maßstäbe zu setzen: Ökologische Nachhaltigkeit, saubere Mobilität, faire Arbeitsbedingungen, friedliches Zusammenleben.

Die olympischen Winterspiele 2026 sind nicht morgen, sondern in acht Jahren. Zeit genug, um Konzepte



Olympia neu gedacht

Dem Landeshauptmann gefällt die Idee, die Winterolympiaden 2026 in Südtirol, Trentino und Belluno auszutragen. Eine Chance für neue Maßstäbe.

reifen zu lassen. Neue Sportanlagen bräuchte es nicht, zumal in Südtirol schon sehr viele vorhanden sind. Mit Alta Badia, Gröden, Madonna di Campiglio und Cortina hätten die Regionen vier Skiweltcuporte. Im Fleimstal und in Toblach gibt es Skisprungschancen. Nur Cortina müsste den Eiskanal für Bob, Rodel und Skeleton modernisieren. Die aktuelle Behälterkapazität wäre ausreichend, um alle Besucher und Be-

teiligten unterzubringen. Kurzum, die ökologische Belastung ließe sich minimieren.

Die Achillesferse ist der Verkehr. Die Dolomitenländer müssten mit einem öffentlichen Nahverkehrsdienst „emissionsarm“ verbunden werden. Es wäre die einmalige Gelegenheit, die „grüne“ Mobilität in Südtirol so kräftig auszubauen, dass sie nach den Spielen zum Standard der Gästemobilität in den tourismusintensiven

Dolomitenländern wird. Auch gesellschaftspolitisch könnten die Spiele Maßstäbe setzen und die Südtiroler Autonomie als Modell zur Lösung internationaler Konflikte zwischen Volksgruppen weltweit bekannt machen. Neue Maßstäbe nicht nur im Sport, sondern vor allem in der Nachhaltigkeit des Handelns, mit Michil Costa als OK-Chef. So könnte das Ganze ein richtiger Innovationschub werden.

Laufzeit 27 Monate, +4,3% mehr Lohn, jährliche Einmalzahlungen – das sind die wesentlichen Ergebnisse der Tarifverhandlungen der Metaller im Bundesland Baden-Württemberg. Darüber hinaus können die Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie künftig ihre Wochenarbeitszeit für bis zu zwei Jahre auf 28 Stunden absenken. Im Gegenzug dürfen Betriebe 40-Stunden-Verträge mit mehr Beschäftigten als bisher abschließen. Die Gewerkschaft IG-Metall hat durchgesetzt, dass es für die ersten 3 Jahresmonate 2018 eine Ein-

„Mut zum Mut beginnt damit, sich an den Verhandlungstisch zu setzen.“

malzahlung von 100 € gibt – zusätzlich zur Lohnerhöhung, die bis 2020 gilt. Außerdem erhalten die Beschäftigten ab 2019 jährlich ein neues Zusatzgeld in der Höhe von 27,5% des Monateinkommens sowie einen Festbetrag von 400 €. Letzterer – das haben die Arbeitgeber durchgesetzt – kann in wirtschaftlich schweren Zeiten gesenkt oder gestrichen werden. Neue Wege schlagen die Sozialpartner im Sinne einer modernen, selbstbestimmten Arbeitswelt ein. Sie behaupten nicht ohne Stolz, den „Grundstein für ein flexibles Arbeitssystem für das 21. Jahrhundert“ gelegt zu haben. Beide Parteien wollen den Faktor Arbeitszeit flexibler handhaben. Arbeitnehmer können ihre Wochenarbeitszeit für bis zu zwei Jahre reduzieren und dies erneut



Und sie dreht sich doch

In Deutschland dreht sich die **Lohnschraube** kräftig, und das im besonders gewichtigen Metallsektor. Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften zeigen sich zufrieden.

beantragen. Arbeitgeber können etwa im selben Umfang Verträge mit über 40 Wochenstunden abschließen, was nach den Gewerkschaften Mitarbeitern entgegenkommt, die mehr verdienen möchten. In zwei Jahren wollen die Tarifparteien evaluieren, wie sich das bezahlt, denn noch lässt es sich nicht

einschätzen, wie viele eine 28-Stunden-Woche und wie viele 40+ Wochenstunden in Anspruch nehmen werden. Das deutsche System der Tarifverhandlungen zeigt sich einmal mehr geeigneter; einen Ausgleich zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite herbeizuführen als das italienische bzw. das territoria-

le. „Mut zum Mut“ – um es mit den Worten des früheren Präsidenten des Unternehmerverbandes Stefan Pan zu sagen – beginnt mit dem beiderseitigen Gang an den Verhandlungstisch. Oder andersrum: Auch in Südtirol müssen den Worten Taten folgen. Jammern über fehlende Fachkräfte allein entschärft die Situation kein bisschen.

Der Südtiroler Arbeitsmarkt glänzt mit einer hohen Erwerbstätigenquote und einer amtlich niedrigen Arbeitslosenzahl. Sein Makel ist der hohe Anteil an befristet Beschäftigten. Saisonbedingt, sagen die meisten, doch das stimmt nur zum Teil. Befristete Verträge kommen in Südtirol auch dort sehr stark zum Einsatz, wo sie nichts zu suchen haben, wo also der Grund nicht Produktionsspitzen oder Witterungsverhältnisse sind. 28% der Arbeitnehmer Südtirols waren im Jahresschnitt 2017 nur befristet angestellt – im Jahr 1998 hatte der

„Auch in Südtirol sollten wir wieder mehr Planungssicherheit wagen.“

Anteil noch bei 18% gelegen. Sogar die 6.500 Stellen an Beschäftigungszuwachs im Jahr 2017 bestehen zu 80% aus befristeten Arbeitsverträgen und nur zu 20% aus Festanstellungen. Und das trotz Jobs Act.

In Deutschland denkt man offen darüber nach, „sachgrundlos“ befristete Arbeitsverträge abzuschaffen. Warum? Weil sie vor allem für junge Leute nachteilig sind. Mehr als 60% aller befristet Beschäftigten in Deutschland sind jünger als 35 Jahre. Das WSI Berlin hat die prekär beschäftigte Jugend unter die Lupe genommen: Rund 41% der abhängig Beschäftigten im Alter zwischen 15 und 19 Jahren arbeitet befristet – dieser hohe Anteil erklärt sich unter anderem durch Ferienjobs. Aber



Schluss mit befristet

In Deutschland will man „sachgrundlose“ **Befristungen** abschaffen. Was dafürspricht und warum es für Südtirol nicht uninteressant ist.

auch bei den 20- bis 24-Jährigen liegt der Anteil noch bei 27% und bei den 25- bis 29-Jährigen sind es 20%. Auf das Einkommen wirken sich Befristungen deutlich negativ aus: Mehr als ein Viertel der befristet Beschäftigten unter 35 Jahren verdient in Vollzeit weniger als 1.100 € netto im Monat. Das entspricht in etwa dem Minimum des gesetzlichen Mindeststunden-

lohns. Von den jungen Beschäftigten mit Festanstellung liegen nur rund 9% unter dieser Schwelle. Wer nur einen befristeten Vertrag hat, kann seine Zukunft nicht sicher planen. Häufig müssen Stelle oder Stadt gewechselt werden. Darunter leiden Partnerschaft und Familienplanung. In der Altersgruppe zwischen 20 und 34 Jahren sind nur 17% der befristet Be-

schäftigten verheiratet, aber 27% derer mit unbefristetem Arbeitsvertrag. In hundert Haushalten von befristet Beschäftigten dieser Altersgruppe leben durchschnittlich 29 Kinder, in den Haushalten von Unbefristeten 42 Kinder. Gesellschaftspolitisch hat es seine Berechtigung, feste Arbeitsverträge zu fördern und mehr Planungssicherheit herbeizuführen.

In Deutschland steckt die SPD im Umfragetief. Wären am nächsten Sonntag Wahlen, käme sie nur noch auf 16%. Aber auch die CDU/CSU schafft es nur mehr auf 33%. Diese Volksparteien vereinigten in den 70er Jahren noch 90% der Stimmen auf sich. Heute scheint die GroKo schon abgewählt, noch bevor die neue Regierung überhaupt angelobt ist. In Italien hat sich der linke Flügel des Partito Democratico als „Liberi e Uguali“ abgespalten und in Bozen sind in diesen Tagen 14 hochrangige Parteixponenten aus dem PD

„Chancengleichheit ist der kleinste gemeinsame Nenner, auf den Sozialdemokraten und moderate Konservative ihre Zusammenarbeit bauen können.“

ausgetreten – das in einem politischen Lager, in dem die Solidarität zum Selbstverständnis gehört: Gepredigt wird die Einheit, vorgelebt wird die Abspaltung.

Die deutsche Sozialdemokratie kriselt besonders. Mit Martin Schulz und dem Ruf nach mehr sozialer Gerechtigkeit hatte sie kurzzeitig einen Hype, legte dann aber bei den Bundestagswahlen im Herbst eine regelrechte Bruchlandung hin. Programme und Rezepte überzeugten nicht. Nur dem Zeitgeist die Schuld geben, reicht nicht. Die großen Themen sind ja da: Globalisierung, Integration von Zuwanderern, prekäre Arbeit, Kluft zwischen Arm und Reich, Klimawandel.



Die großen **Volksparteien** stecken in einer historischen Identitätskrise. In einer neuen Vision von **Chancengleichheit** könnten sie den kleinsten gemeinsamen Nenner für eine Zusammenarbeit finden.

Was fehlt, ist eine neue Vision, ein neues Paradigma, das der gemeinsame Nenner für die Zusammenarbeit mit moderaten konservativen Kräften sein könnte. Es kommt darauf an, den Sozialstaat neu zu denken. Statt Potentiale freizusetzen, schafft dieser gegenwärtig Abhängigkeit und Ausgrenzung von Leistungsempfängern statt Eingliederung. In einem neuen Sozialstaat wird Ge-

rechtigkeit primär nicht, wie die Altlinken meinen, durch Umverteilung des vorhandenen Wohlstands hergestellt. Neue Regelwerke müssen Gerechtigkeit herstellen, indem sie reale Freiheit für alle gewährleisten. Menschen müssen dazu befähigt werden, auf eigenen Beinen zu stehen und eigene Entscheidungen zu treffen. Die Chancen auf den Zugang zu den Mitteln, die dafür ge-

braucht werden, müssen so beschaffen sein, dass sie den Menschen mit den wenigsten Mitteln die größten Möglichkeiten bieten. Chancengleichheit und nicht Verteilungsgerechtigkeit ist das Markenzeichen neuer Politik. Deshalb ist die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens weiterzuspinnen: Vorab geben, nicht unverteilen. Prävention, nicht Reparatur.

Beispiele für Dinge, die früher auf heftigsten Widerstand stießen und heute nicht mehr aus dem Alltag wegzudenken sind, gibt es viele. Rauchverbot in Lokalen? Geht nicht. Zonen ohne motorisierten Verkehr in den Innenstädten? Unmöglich. Helmpflicht beim Skifahren? Keine Chance. Die Pflicht, sich im Auto anzuschallen? Nicht in Italien. 2017 sorgten die Arbeits-Voucher für Zündstoff. Im Zuge der Biagi-Reform eingeführt, um Gelegenheitsarbeiten unbürokratisch zu regeln, wurden sie mit der Zeit immer unsachgemäßer verwendet und ge-

„Es ist erstaunlich, wie gut die Wirtschaft die Abschaffung von Lohngutscheinen weggesteckt hat.“

rieten in Verruf. Die Anklage: Voucher verdrängten Saisons- und befristete Arbeitsverträge. Das System der Lohngutscheine war äußerst einfach: Der Arbeitgeber kauft Voucher zum Nennwert von 10 € beispielsweise im Postamt oder in einer Tabaktrafik. Beim Einlösen gehen 7,50 € an die Arbeitskraft, die restlichen 2,50 € sind Steuern für den Staat. Anfangs konnten Voucher nur begrenzt eingesetzt werden, aber der Gesetzgeber hat dann schrittweise die Einsatzmöglichkeiten ausgedehnt.

3,2 Mio. solcher Lohngutscheine wurden in Südtirol im Jahr 2015 ausgegeben. Sehr beliebt waren sie in Gastgewerbe - dort primär für die Wochenendarbeit - bei Sozialgenossenschaften und im Vereinswe-



Geht also doch

Seit Anfang 2018 sind die **Arbeits-Voucher** in ihrer alten Form Geschichte. Die von Arbeitgeberverbänden angekündigte Katastrophe ist ausgeblieben.

sen. So beliebt und einfach zu handhaben, dass sich die Arbeitgebervertretungen für eine weitere Ausdehnung der Einsatzmöglichkeiten der Lohngutscheine einsetzten. Anders sahen es die Gewerkschaften – allen voran die CGIL, die sogar eine Volksbefragung zur Abschaffung der Voucher anstrebte. Daraufhin hat die Regierung das System der Voucher zurückgenommen und mit Gesetz Nr. 96 vom

21.06.2017 das sogenannte „PRESTO“ (prestazioni occasionali = gelegentliche Mitarbeit) eingeführt. Über die Verwendung der PRESTO weiß man so gut wie gar nichts. Die einzigen Daten, die das Nationale Fürsorgeinstitut INPS veröffentlicht hat, beziehen sich auf die ersten 45 Tage nach der Einführung und sprechen von 4 Mio. €, die dafür ausbezahlt wurden. Eine regelrechte Renaissance er-

lebt hingegen die „Arbeit auf Abruf“. In Südtirol wurden von Mai bis Oktober 2017 genau 4.522 neue Verträge abgeschlossen. Das sind nahezu doppelt so viele wie im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Fast die Hälfte der aktuell auf Abruf Beschäftigten arbeitet im Gastgewerbe. Es geht also doch ohne Lohngutscheine, möchte man meinen. Jedenfalls ist der Himmel bis heute nicht heruntergefallen.

Die Schattenwirtschaft ist bekanntlich in Italien besonders stark ausgeprägt. Das heißt, ein beachtlicher Teil vom tatsächlich erwirtschafteten Volkseinkommen geht am Fiskus vorbei. Die europäischen Staaten allgemein und Italien ganz besonders haben in den letzten Jahren Schritt für Schritt versucht, Bargeldflüsse einzuschränken und die Rückverfolgbarkeit von Geldtransaktionen sicherzustellen. So wurden in Italien die E-Rechnung in der Öffentlichen Verwaltung eingeführt, eine Obergrenze von 3.000 € für das Zahlen von Rech-

„Währungspolitik und Regelung von Zahlungsflüssen sind Staatsaufgaben.“

nungen in bar festgesetzt und dem Bankensektor strenge Auflagen in Bezug auf Geldwäsche gemacht. Nun könnte eine neue Technologie den Zahlungsverkehr auf den Kopf stellen. Es geht um die Kryptowährung. Dieses rein digitale Zahlungsmittel wird verschlüsselt transferiert und bildet so ein dezentrales und sicheres Zahlungssystem. Im Gegensatz zum Zentralbankgeld wurden Kryptowährungen ausschließlich von privater Hand geschöpft – bis im Februar 2018 Venezuela als erster Staat den digitalen Petro einführt. Neben bekannteren Namen wie Bitcoin, Ethereum oder IOTA sind inzwischen über 4.500 Kryptowährungen im Umlauf. Kritiker sehen in Kryptowährungen ein Spekulationsobjekt, die Anerkennung ba-

Jetzt liegen die Eckdaten zur Südtiroler Wirtschaftsentwicklung 2017 auf dem Tisch. Bisher hatten noch die Außenhandelsdaten und das Ergebnis der Arbeitskräfteerhebung aus dem vierten Quartal gefehlt. Der Blick auf die endgültigen Zahlen zeigt, dass 2017 als außergewöhnlich gutes Jahr abschneidet. Demnach dürfte die vom AFI prognostizierte Wirtschaftswachstumsrate von +2,0% sogar noch übertroffen werden. Aber lassen wir die Zahlen sprechen: 253.100 Personen waren in Südtirol im Jahr 2017 im Schnitt beschäftigt. Das ent-

„Bestärkt vom guten wirtschaftlichen Gesamtergebnis sind Diskussionen über die Verteilung der Früchte legitim.“

spricht einem Zuwachs von +1,2% zum Vorjahr: Die Zahl der Arbeitnehmer belief sich auf 202.000, ein Zuwachs von +3,3%. Die amtliche Arbeitslosenrate zeigt sich rückläufig und beträgt im Jahreschnitt 2017 genau 3,1%. Besonders stark entwickelt hat sich der Außenhandel. Die Warenexporte konnten um +8,0% zu 2016 gesteigert werden, bei den Importen beträgt der Zuwachs sogar +8,5%. Ein zweiter Konjunkturmotor, der Kaufkraft ins Land spült, ist der Tourismus. Die Nächtigungsahlen sind 2017 um +3,5% angestiegen. Vor allem der Gast aus Italien ist wieder stärker präsent. Die Inflationsrate in Südtirol liegt



Digital und stets unsichtbar

Mit der Beschränkung von Bargeldflüssen wollen europäische Staaten der Schattenwirtschaft einen Riegel vorschieben, doch Kryptowährungen könnten das System aushebeln.

siert allein auf Vertrauen und vor allem die Anonymität ist nicht nur positiv zu werten. Bei den Währungshütern der EU jedenfalls läuten die Alarmglocken. Die EZB gerät unter Zugzwang, wenn weitere Staaten digitale Währungen einführen – erst recht, wenn Euroländer auf die Idee kommen sollten. Ein digitaler Euro ist das gesetzliche Zahlungsmittel Euro, nur in digitaler Form. Er bedeutet keines-

wegs das Aus für Bargeld, sondern könnte parallel existieren. Er wäre also kein zusätzliches Zahlungsmittel oder gar ein Spekulationsobjekt wie Bitcoin, sondern hätte denselben Wert wie der heutige Euro, den die EZB garantiert und mit ihrer Geldpolitik stabil hält. Dies hätte erhebliche Vorteile für Verbraucher: Gegenwärtig hinterlässt man mit den meisten Ausgaben eine gut lesbare Datenspur für das kontoführende Kreditinstitut.

Für einen digitalen Euro spricht, dass er in anonymen Form für kleinere Beträge das Grundrecht der informationellen Selbstbestimmung im digitalen Zeitalter gewährleisten könnte. In nicht-anonymer Form könnte der digitale Euro durch Konten bei der Zentralbank bereitgestellt werden. Dann hinterlässt man zwar immer noch eine Datenspur, aber bei einer staatlichen Institution, die der demokratischen Kontrolle unterliegt.



Das Endergebnis steht

2017 war für die Südtiroler Wirtschaft ein außergewöhnlich positives Jahr. Das Wirtschaftswachstum wird voraussichtlich sogar die ursprüngliche AFI-Prognose von +2,0% übertreffen.

mit 2,2% im Jahreschnitt 2017 nach wie vor über dem gesamtstaatlichen Wert. Das von Südtiroler Bankfilialen eingeräumte Kreditvolumen ist fast exakt auf dem Niveau des Vorjahres geblieben (-0,1%). Auffallend ist der starke Ausbau des Kreditvolumens an Privatpersonen (+5,8%) und dessen Rückgang bei Krediten an Unternehmen (-1,6%). Doch dieses ausgesprochen positive Gesamtbild hat bei genau-

rem Hinsehen auch Schönheitsfehler. So ist das Südtiroler Jobwunder vorwiegend ein Jobwunder des Prekären. Von den 6.500 neu entstandenen Arbeitsplätzen sind 5.300 befristet und nur 1.200 unbefristet. Wie Studien belegen, sind befristete Jobs nicht die beste Wahl bei der Lebensplanung. Schwierigkeiten bei der Aufnahme eines Wohnbaurlehrens, Jobs, die mehrmals gewechselt werden müssen und eine höhere

Mobilitätsbereitschaft, die gefordert wird, erschweren das Leben. Darunter leiden Partnerschaften. Tatsächlich ist die Trennungsrate bei befristet Beschäftigten höher als bei jenen, die fest angestellt sind. Ein weiterer Aspekt betrifft die Verteilung des Volkseinkommens. In den AFI-Umfragen sagen die befragten Arbeitnehmer immer wieder, dass der gesamtwirtschaftliche Aufschwung an ihren Brietaschen vorbeigehe.

Beim Gesetz Raum und Landschaft ist das letzte Wort noch lange nicht gesprochen. Aktuell geht der Streit um den Wertzuwachs bei einer Umwidmung.

Man kann das Glas halb leer sehen, wie es Südtiroler Wirtschaftsring und Handelskammer tun. Greifen wir das Beispiel auf, das die Handelskammer vorgebracht hat: Ein Bauer will ein 2.500 m²-Grundstück veräußern. Als landwirtschaftliches Grün ist es 20 € pro m² wert, also insgesamt 50.000 €. Die Wiese soll nun in Baugrund umgewidmet werden. Dadurch

„Umwidmungen den Charakter eines Lotteriegewinns nehmen.“

steigt der Verkaufswert auf 300 € pro m². Das beschert dem Landwirt eine potentielle Einnahme von 750.000 €. Wie die Handelskammer vorrechnet, würden dem Landwirt nach Abtretung der im Gesetzesentwurf vorgesehenen 30% des Wertausgleichs und dem Abzug sämtlicher Steuern und Gebühren „nur“ 208.000 € netto bleiben. Armer Bauer also.

Man kann das Glas aber auch halb voll sehen wie das AFI in seiner Studie getan, die seit rund einem halben Jahr aufliegt. Die wenigsten werfen die grundsätzliche Frage auf, warum eine Gemeinde für eine Wiese mit einem Quadratmeterpreis von 20 € sehr viel mehr als das bezahlen sollte. Wäre es volkswirtschaftlich nicht



sonntag
Sonntag, 25. März 2018 – Nr. 59

Wem gehört der Wertzuwachs?

Wer soll von der Wertsteigerung bei **Umwidmung in Bauland** profitieren? Man kann das Glas halb leer sehen wie SWR und Handelskammer, oder halb voll wie das AFI.

Wirtschaft quer

von Stefan Perini

zielführender, die Wiese als solche zu einem vernünftigen Preis abzulösen – meinetwegen auch zu 40 € pro m² – und erst danach die Umwidmung in Bauland vorzunehmen, um dann das Grundstück zum Selbstkostenpreis an die Nutznießer abzutreten? Die Annahme, dem Eigentümer würde kraft Umwidmung ein Anspruch auf den Wertzuwachs entspringen, ist von Grund auf falsch. Bei der Umwidmung handelt es sich um einen Verwaltungsakt, der im öffentlichen Interesse durchge-

führt wird. Im Klartext: Kein öffentliches Interesse - keine Umwidmung - kein Wertzuwachs. Die öffentliche Hand hat also nicht nur die Hoheit, sondern auch vollständige Steuerungsmöglichkeit, ob und was sie wann umwidmen will. Dabei darf sie sowieso in Zukunft gemäß dem Prinzip „Grau vor Grün“ nur Baugründe ausweisen, wenn ein nachweislicher Bedarf dafür besteht.

Gehen wir also von vernünftigen Gemeindevertretern aus, die dem Landwirt die Wiese zu 40 € pro

m² ablösen. Der Landwirt hätte eine Rendite von 100%. Die Gemeinde könnte das Grundstück in Baugrund umwidmen und nahe am Selbstkostenpreis für den Bau von Erstwohnungen weitergeben. Leistbares Wohnen wäre geboren. Im Beispiel, das die Handelskammer anführt, hätte der Bauer eine Netto-Rendite von über 300% (von 50.000 € auf 208.000 €), allein durch einen Verwaltungsakt. Solche Lotteriegewinne würden sich auch Südtirols Arbeitnehmer wünschen.

Die Ausgangslage ist paradox: In Südtirol sind die Wohnungspreise so hoch wie kaum irgendwo anders und doch liegt ein bedeutender Wohnungsbestand brach. Die letzten gesicherten Daten gehen auf die Volkszählung im Jahr 2011 zurück. Auf einen Gesamtbestand von 228.000 Wohnungen gab es gezählte 28.240, die nicht ständig bewohnt waren. Das entspricht 12,4%. Die eine Hälfte sind touristisch genutzte Zweitwohnungen, die andere Hälfte – also immerhin noch gut 14.000 Wohnungen – stehen schlicht und einfach leer.

„Zuckerbrot und Peitsche als Strategie kann helfen, Immobilien wieder auf den Markt zu bringen.“

Um das Vermieten attraktiver zu machen, will die Landesregierung den Steuerhebel nach dem Prinzip „Zuckerbrot und Peitsche“ ansetzen: Wer seine leerstehende Wohnung als Erstwohnung an Anwohner zum Landesmietzins vermietet, soll nur mehr eine Gemeindeimmobiliensteuer von 2 Promille bezahlen. Wer hingegen seine leerstehende Wohnung nicht auf den Markt bringt, der soll als Mindestsatz eine GIS von 15 Promille befragen müssen. Der Vorschlag ist absolut vernünftig und deckt sich mit einer der empfohlenen Maßnahmen, die das AFI in seiner Studie zum sozialgerechten Wohnen aufgezeigt hat.

Skeptiker entgegenen, dass der entstehende steuerliche Nachteil bzw.



sonntag
Sonntag, 1. April 2018 – Nr. 64

Wirtschaft quer

von Stefan Perini

GIS gut gedacht

Die Landesregierung lotet Spielräume aus, um **Wohnen in Südtirol leistbarer** zu machen. Über die Gemeindeimmobiliensteuer einzuwirken ist sinnvoll, aber nicht ausreichend.

Vorteil zu gering sei, um Entscheidungen maßgeblich zu beeinflussen. Schließlich zeige die Praxis, dass Faktoren wie die Vertrauenswürdigkeit und Zahlungsfähigkeit der Mieter, die Bindung an den Mietvertrag, das Risiko von Schäden an Wohnung und Einrichtung weit mehr zählen.

Flinkierend zum steuerlichen Hebel müsste eine Garantiestelle für

„sicheres Vermieten“ eingerichtet werden so wie in Vorarlberg, wo es gut funktioniert. Diese Stelle garantiert und zahlt den Wohnungseigentümern einen sozialgerechten Mietzins über die gesamte Dauer des Mietvertrags, kümmert sich um alle bürokratischen Auflagen und Risiken. Das wäre vor allem für die kleinen Vermieter vorteilhaft, da sie im Unterschied zu Großvermietern

Verwaltungskosten nicht über Skaleneffekte reduzieren können. Den Mietern werden ebenso Stabilität und Schutz gewährleistet, mit dem Vorteil, dass ihre Miete geringer ist als die marktübliche.

Würde die Landespolitik zusätzlich zur GIS-Regelung diese Einrichtung schaffen, wäre Entscheidendes für die Wiederbelebung des Mietmarktes getan.

